Imperialismus bedeutet Krieg Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 8. Februar 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Wählt rote Betriebsräte!

In den meisten Betrieben sind inzwischen die Betriebsratswahlen angelaufen. Die DGB-Bonzen haben ihre Listen – in der Regel in aller Stille – perfekt gemacht, wobei es ihr hauptsächliches Ziel war, zu verhindern, daß klassenkämpferische Kollegen die Möglichkeit zur Kandidatur erhielten. Natürlich gibt es auch auf den Listen des DGB einige fortschrittliche Kollegen, aber besonders bezüglich der Großbetriebe kann man ruhigen Gewissens sagen, daß diese Kollegen die Ausnahme darstellen. Die Pöstchenschieberei der Bonzen aber stößt in vielen Betrieben auf großen Widerstand. Kommunisten und andere klassenkämpferische Kollegen haben die Initiative ergriffen und kämpfen für rote Listen.

Vor allem in den Großbetrieben haben die Kollegen immer wieder die Erfahrung gemacht, daß viele Betriebsräte im Grunde nur als Sprecher und Handlanger der Werksleitung fungierten. Faustregel: je direkter ein Betriebsrat unter der Fuchtel des DGB-Apparats und der D„K"P steht, desto offener kämpft er auf der Grundlage des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes gegen die Belegschaft. Das BVG befiehlt, daß die Betriebsräte „vertrauensvoll" mit den Kapitalisten zusammenarbeiten müssen, es verbietet den Betriebsräten, die Kollegen zum Kampf aufzurufen (Betriebsfriedenspflicht), es verbietet den Betriebsräten, die Kollegen über alles zu informieren, was sie in ihrer Funktion als Betriebsrat erfahren haben (Schweigepflicht). Allein diese Punkte zeigen, daß der Betriebsrat als Institution kein Instrument der Arbeiterklasse ist. Er hat durch die bürgerlichen Gesetze vielmehr die Funktion, als „Sozialpartnerschafts-Gremium" in „vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Kapitalisten Kämpfe der Belegschaft zu verhindern.

Das aber heißt nicht, daß Positionen im Betriebsrat nicht für den revolutionären Klassenkampf ausgenützt werden können. Wie bei Bänninger in Gießen und einer ganzen Reihe anderer Betriebe hat sich gezeigt, daß revolutionäre und fortschrittliche Betriebsräte eine große Hilfe für den Kampf der Belegschaft sind. Aber sie sind es nur dann, wenn sie ihre Aufgabe als Betriebsräte auch in revolutionärer Weise wahrnehmen. D. h., daß nur Kandidaten gewählt werden können, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie müssen erklären, daß sie gegen das reaktionäre BVG kämpfen und es immer, wenn es die Interessen der Belegschaft erfordern, auch brechen werden; denn ein Betriebsrat, der auf dem Boden der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten steht, handelt im Interesse der Kapitalisten.

2. Sie müssen entschiedene Gegner des DGB-Apparates sein, der sich in allen Kämpfen der Arbeiterklasse als Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie erwiesen hat. Sie müssen klar gegen die vom imperialistischen DGB-Apparat betriebenen Ausschlüsse kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Kollegen Stellung nehmen und für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition eintreten.

3. Sie müssen gegen die politischen Entlassungen von kommunistischen und anderen klassenkämpferischen Kollegen kämpfen und für gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter, für junge und ältere Arbeiter, für Männer und Frauen eintreten.

4. Sie müssen einen klaren Trennungsstrich zur D„K"P ziehen, die zwar als „Kommunistische Partei" auftritt, in Wirklichkeit aber den revolutionären Klassenkampf bekämpft, den Mitbestimmungsbetrug unterstützt und für die Gewerkschaftsausschlüsse kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Kollegen unterstützt und aktiv betreibt, die in jeder Situation den imperialistischen DGB-Apparat unterstützt und verteidigt und in Wirklichkeit nur das Ziel verfolgt, die Arbeiter vom Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten.



Kollegen geben ihre Unterschrift gegen die Entlassung ihrer roten Betriebsräte, die sie 1972 gewählt haben.

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN IMPERIALISTISCHEN DGB-APPARAT

VORWÄRT BEIM AUFBAU DER RGO!

WÄHLT ROTE BETRIEBSRÄTE!

KPD/ML beteiligt sich an Landtagswahlen in NRW

Am vergangenen Wochenende hat die Partei mit der Unterschriftensammlung für die Zulassung zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen begonnen. Die Wahlbeteiligung am 4. Mai wird ein wichtiger Gradmesser sein für die Verankerung der Partei und die Reife der Arbeiterklasse im für die westdeutschen Imperialisten bedeutendsten Industriegebiet, im Herzen der Arbeiterbewegung. Wir werden uns auf die Wahlkreise mit den wichtigsten Großbetrieben und Arbeiterwohngebieten konzentrieren, wo die Partei arbeitet und sich weiter verankern muß. In Dortmund, Duisburg, Bochum und Köln kandidiert die KPD/ML. Unsere Liste wird angeführt vom Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust. Weitere unserer 19 Kandidaten sind Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN sowie die von ihrem Kampf bei Mannesmann und Thyssen bekannten Arbeitergenossen Hanfried Brenner und Günter Wagner.



In der Dortmunder Innenstadt tragen sich Passanten in die Liste der Partei ein.

Es gibt heute kein einziges Beispiel mehr, wo die Bourgeoisie es zugelassen hätte, daß eine wahrhaft marxistisch-leninistische Partei in ein bürgerliches Parlament gewählt wird. Die westdeutsche Bourgeoisie würde unsere Partei nicht einmal ohne Verbot so stark werden lassen, daß sie die 5%-Klausel überspringen könnte. Dafür ist der Kapitalismus auch bei uns viel zu sehr angeschlagen. Und wir beteiligen uns auch nicht etwa in dem Glauben, das bürgerliche Parlament erobern zu können, sondern um es besser bekämpfen zu können. Unsere Beteiligung reicht dabei von der Aufstellung eigener Kandidaten bis hin zum Wahlboykott, dort, wo die Partei keine eigenen Kandidaten aufgestellt hat.

Ausschlaggebend für die Aufstellung von Kandidaten der Partei in NRW ist die Konzentrierung der Arbeiterklasse in dieser wichtigsten Klassenkampfregion.

Fortsetzung auf Seite 2

Stadtsanierung in Dortmund-Neue Heimat

Rücksichtslose Jagd nach Profiten

Zehntausende von Menschen in den Großstädten der Bundesrepublik haben am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, wenn es heißt: „Unser Viertel wird saniert!" Während die Politiker der bürgerlichen Parteien, die Presse und die großen Wohnungskonzerne stets behaupten, die Stadtsanierung werde einzig und allein zum Nutzen und im Interesse der Bevölkerung durchgeführt, von der „Verschönerung des Antlitzes unserer Städte" sprechen, die „modernen, hellen, neuen Wohnungen" anpreisen und demagogisch auf die „unzumutbaren bisherigen Zustände" verweisen, ist die Stadtsanierung in Wirklichkeit ein schwerer Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen.

Viele, die aus ihrer alten Wohnung vertrieben wurden, können die Wuchermieten, die die Wohnungsbaukonzerne für die Neubauwohnungen verlangen, nicht aufbringen oder wenn, dann nur um den Preis der Anspannung der äußersten Kräfte der ganzen Familie, von Überstundenarbeit, Mitarbeit der Frau, der Einschränkung in allen anderen Lebensbereichen. Für die meisten aber heißt es, in genauso schlechte oder sogar noch „unzu-

Fortsetzung auf Seite 10

Mordanschlag

Am Abend des 29. 1. 75 gegen 20 Uhr wurde in Bremen auf den Betriebsrat der Vulkan-Werft Heinz Scholz, Sympathisant der Gruppe Rote Fahne Dortmund, ein Mordanschlag verübt. Ein maskierter Mann stach von hinten zweimal mit einem Messer auf Heinz Scholz ein, als er wie jeden Mittwoch abend nach einer Sitzung einer gewerkschaftsoppositionellen Gruppe nach Hause fahren wollte (siehe Seite 3).

Bonn leugnet DDR-Staatsbürgerschaft

Offene Einmischung - Revanchegelüste

Gegenwärtig verhandelt die DDR mit den Regierungen von Österreich, Finnland und einigen anderen Ländern über den Abschluß von Konsularverträgen. In diesen Verträgen soll unter anderem geregelt werden, daß Österreich und Finnland anerkennen, daß die Bevölkerung der DDR auch die Staatsbürgerschaft der DDR besitzt.

Das war für die Bundesregierung der Anlaß, sich offen und unverfroren in die inneren Angelegenheiten dieser beiden Länder einzumischen und von ihnen zu verlangen, sie sollten erklären, daß es sich bei der DDR um einen Staat ohne Staatsbürger handele. Um ihr Ziel zu erreichen, schickte die Bundesregierung diplomatische Noten ab, während das Auswärtige Amt, Aussenminister Genscher und eine Reihe anderer Politiker Erklärungen abgaben, in denen sie die Haltung Österreichs als „nicht befriedigend" bezeichneten, offen behaupteten, daß Österreichs Vorgehen völkerrechtlich nicht „hieb- und stichfest" sei und die Interessen der Bundesrepublik verletze. Finnland und Österreich haben die offene Einmischung der westdeutschen Imperialisten zurückgewiesen und erklärt, daß es allein ihre Sache ist, ihre Beziehungen zur DDR zu regeln.

Das provokatorische Auftreten der westdeutschen Imperialisten enthüllte, daß sie ihre revanchistischen Absichten und Ziele gegenüber der DDR niemals aufgegeben haben. Sie erklären einfach, daß die DDR ein Staat ohne Staatsbürger ist, um dann „feststellen" zu können, daß die Bevölkerung der DDR in Wirklichkeit die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik besitzt. Die Begründungen und „Argumente", die sie für diese durchsichtige Doktrin bereithalten, sind nur schlecht verbrämte Rechtfertigungen ihrer aggressiven imperialistischen Absichten, die DDR ihrem Einflußbereich einzuverleiben.

Die Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten die DDR niemals völkerrechtlich als selbständigen Staat anerkannt haben, gibt diesen immer wieder Gelegenheit, Unruhe zu stiften und Druck auszuüben, gibt ihnen die Möglichkeit, ihre aggressiven Ziele besser verfolgen zu können. Es ist bezeichnend, daß die Honeckerclique in der DDR den westdeutschen Imperialisten beim Abschluß des Grundvertrages in einem Protokollvermerk ausdrücklich zubilligte, daß der Grundvertrag die Frage der Staatsbürgerschaft nicht berührt.

Dieses Zugeständnis der Honeckerclique, die nichts als ein Vasall der sowjetischen Sozialimperialisten ist, entspricht völlig den Wünschen der Neuen Zaren im Kreml, die skrupellos auf die Anerkennung der Souveränität der DDR verzichtet haben, um mit dem Abschluß der Ostverträge ihren Einfluß in Westeuropa zu vergrößern.

Das provokatorische Auftreten der westdeutschen Imperialisten, ihre unverhüllte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zeigt, daß sie trotz aller ihrer Friedens- und Entspannungsbeteuerungen räuberisch und aggressiv sind: sie werden sich, solange sie existieren, niemals ändern.

KPD/ML beteiligt sich an Landtagswahlen in NRW

Fortsetzung von Seite 1

Gerade hier hat der Kampf gegen die massiven Versuche der Bourgeoisie, unsere Partei zu kriminalisieren und in die Illegalität zu drängen, besonders anläßlich der Ermordung unseres Genossen Günter Routhier, bei vielen Sympathie für die KPD/ML und Zweifel über die „Gerechtigkeit" des kapitalistischen Systems geweckt.

Andererseits mußte die Partei genau ihre Kräfte einschätzen, denn **jeder Streik oder andere spontane Aktionen der Arbeiterklasse sind wichtiger als die „parlamentarische" Aktion.** Mit großer Sorgfalt müssen immer wieder die Auflagen und Fallen der bürgerlichen Wahlgesetze, die in NRW besonders scharf sind, geprüft werden, denn die Bourgeoisie versucht ständig, so viele Genossen wie möglich von uns zu erfassen. Darum ist eine breitere Wahlbeteiligung für uns unmöglich. Aber das entscheidende sind für uns auch nicht die Gesamtstimmen, sondern die Entlarvung des bürgerlichen Parlaments und die Verbreitung unseres Programms für die sozialistische Revolution.

Wir werden in der Wahl die Sorgen und Nöte der werktätigen Massen herausstellen, ihre berechtigte Empörung über die Arbeitslosigkeit, Inflation und Kriegsgefahr, über die Ungerechtigkeit und Korruptheit dieses verfaulenden, menschenfeindlichen imperialistischen Systems. Aber wir werden keinerlei falsche Hoffnungen in dieses System stärken. Im Mittelpunkt steht bei uns immer die Kernfrage unserer Zeit, die heute immer mehr Menschen stellen: Kapitalismus oder Kommunismus, wie komme ich aus dem ganzen Schlamassel von Ausbeutung und Unterdrückung heraus?

Im Kampf gegen den Parlamentarismus und den bürgerlichen Staat **werden wir den Menschen beweisen, daß diesem Parlament, dieser Schwatzbude – wie Lenin sagte – nichts anderes gebührt, als von den revolutionären Volksmassen auseinandergejagt zu werden.** Besonders hart angreifen werden wir die Führer der D„K"P, die unter dem Deckmantel des Kommunismus allen fortschrittlichen Menschen einzureden versuchen, man könne über den Weg ausgerechnet dieser Schwatzbude, ohne gewaltsame Revolution zum Sozialismus gelangen. Mit ihrer Lüge – was Lenin damals gesagt hat, träfe heute nicht mehr zu – wollen diese Herren ihre eigentliche Absicht verschleiern, den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Allerdings gab es bereits zu Lenins Zeiten Parteien – damals waren es die Sozialdemokraten – vom Schlage der D„K"P. Gegen solche Verräter richteten sich Lenins Worte!

Neuerdings nimmt noch eine Partei, die sich wie die D„K"P unberechtigterweise kommunistisch nennt, an den verschiedenen Wahlen in Westdeutschland und Westberlin teil, die Gruppe Rote Fahne. Diese Studentenpartei hat sich selbst zum Nachfolger der revolutionären KPD Ernst Thälmanns ernannt. Durch die massenhafte Aufstellung von Kandidaten und dem reformistischen Charakter ihrer Wahlpropaganda, ausschließlich Tagesforderungen, versucht diese Partei den Eindruck zu erwecken, die Arbeiterklasse könne im Kapitalismus Demokratie und ein menschenwürdiges Leben erzwingen. Sie verbreitet die Illusionen über das bürgerliche Parlament, um letzten Endes wie die D„K"P von der sozialistischen Revolution abzulenken. Auch diesen Leuten gelten die Worte Lenins.

Portugiesische Revisionisten

Gefährliche Feinde des Volkes

Über 5 000 Demonstranten verjagten in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar den nationalen Kongreß der reaktionären Partei „Centro Democratico-Social (CDS)" aus der portugiesischen Stadt Porto. Unter den Parolen „Tod dem Faschismus!" und „Tod dem CDS!" stürmten die revolutionären und antifaschistischen Kämpfer mehrmals gegen das Kongreßgebäude vor, das von Polizei- und Armee-Einheiten bewacht wurde.

Die Führung der „Bewegung der Streitkräfte", die den Einsatz der Schutztruppen leitete, gab schließlich den Befehl, das Feuer über die Köpfe der Demonstranten zu eröffnen und mit Schlagstöcken gegen sie vorzugehen. Angesichts des entschlossenen Kampfes der Revolutionäre und Antifaschisten konnte jedoch selbst dieser Terror den Abbruch des Kongresses des CDS nicht verhindern. Nur einen Tag später verurteilte Cunhal, der Führer der revisionistischen Partei Portugals, den mutigen Kampf in Porto und nannte ihn eine „provokatorische Aktion", die nur der Reaktion nütze.



Armee-Einheiten bewachen das gestürmte CDS-Gebäude

Die modernen Revisionisten sind ein gefährlicher Feind des portugiesischen Volkes in seinem Kampf um wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit. Sie haben in den letzten Wochen ihre Aktivitäten bedeutend erhöht und sich darauf konzentriert, durch Gesetz die Gründung einer Einheitsgewerkschaft durchzubringen, während sie gleichzeitig eine umfangreiche Propaganda entfachten, um die „Bewegung der Streitkräfte" als Vertreter der demokratischen revolutionären Bewegung hinzustellen, auf die die Massen volles Vertrauen haben müssen. Sie gingen sogar soweit, zu behaupten, daß die Volksbewegung ohne die Bewegung der Streitkräfte weder in der Lage sei, „das Überleben der Demokratie zu sichern, noch sie voranzutreiben".

Das portugiesische Volk soll also die Militärs als den Garanten seines Kampfes um Unabhängigkeit und Freiheit betrachten. Die Militärs führten z. B. den Kolonialkrieg gegen die Völker Angolas, Mosambiks und Guinea-Bissaos auch nach dem Putsch, während sie ihre politischen Lösungen anboten, weiter. Wie kann eine solche Armee, die, mit vollster Unterstützung des revisionistischen Ministers Cunhal, den USA-Imperialisten die Militärbasen im Land garantiert, die Mitglied des von den US-Imperialisten geführten aggressiven Nato-Paktes ist, der Vorkämpfer des portugiesischen Volkes für seine Unabhängigkeit und Freiheit sein? Es liegt auf der Hand, daß die Propaganda Cunhals und Konsorten keinen anderen Zweck hat, als das portugiesische Volk zu verwirren, seine revolutionären Bestrebungen zu lähmen und zu unterdrücken, um die Herrschaft der einheimischen Bourgeoisie und der Imperialisten zu retten. Der Weg, auf den die modernen Revisionisten das portugiesische Volk führen wollen, ist der Weg der blutigen Ereignisse in Chile: die politische, ideologische und militärische Entwaffnung des Volkes, um es dem Imperialismus und der faschistischen Reaktion auszuliefern.

Die Bourgeoisie beteiligte die modernen Revisionisten an der Macht, um den Kampf der unterdrückten Volksmassen und vor allem der Arbeiterklasse zu lähmen und zu unterdrücken. Offen erklärte ein Mitglied der Führung der Bewegung der Streitkräfte, daß die Revisionisten „die Welt der Arbeit in die Hand nehmen" sollten, „um dort Ordnung zu schaffen". Und tatsächlich bewiesen die modernen Revisionisten ihre Loyalität für die Bourgeoisie, indem sie gegen Streiks der Arbeiter auftraten und den kostenlosen Arbeitstag im letzten Herbst unterstützten, mit dem sich die Kapitalisten die Früchte eines ganzen Arbeitstages in die Tasche steckten. Sie beweisen nun erneut ihre Loyalität, indem sie der Motor für die Verabschiedung des Gesetzes über die Einheitsgewerkschaft waren. Diese Gewerkschaft hat nichts mit den Hoffnungen der Arbeiterklasse auf eine einheitliche Kampforganisation ihrer Klasse zu tun, für die die Arbeiter Portugals nach der Zerstörung der faschistischen Zwangsgewerkschaft des alten Regimes eintraten. Im Gegenteil, die von den Revisionisten geführte Einheitsgewerkschaft ist ein großer Sieg der Bourgeoisie und verschafft ihr einen einheitlichen Apparat, um den Kampf der Arbeiterklasse besser unterdrücken zu können.

Die Partei Cunhals ist ein politischer und ideologischer Agent der Neuen Zaren im Kreml. Aufgrund ihres Einflusses erhielt die sowjetische Kriegsflotte erst kürzlich das Recht, in den portugiesischen Häfen zu „Freundschaftsbesuchen" vor Anker zu gehen, sich zu verproviantieren usw. Ist das nicht bereits ein halber Stützpunkt? Und nun verlangen die sowjetischen Sozialimperialisten schon die Häfen Portugals als Stützpunkte für ihre Fischfangschiffe, von denen allgemein bekannt ist, daß sie mit elektronischen Ausrüstungen für die Spionage versehen sind. Die Revisionisten Cunhals machen Portugal zu einem gefährlichen Schauplatz der Rivalität der beiden Supermächte im Mittelmeer. Gerade jetzt kreuzt die Nato-Flotte vor den portugiesischen Küsten und hält große Manöver ab. **Das portugiesische Volk wird seine Freiheit und Unabhängigkeit nur im Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen die einheimischen Ausbeuterklassen sowie die modernen Revisionisten erkämpfen können.**

Kurz berichtet

MÜNCHEN

Im Anschluß an die Schlußkundgebung nach der Demonstration in München für den Freispruch der Angeklagten im Antikriegstagsprozeß und im Prozeß gegen Hanns Marzini und andere Antifaschisten gingen einige Genossen der Partei auf den Sammelplatz für eine Demonstration der „S"DAJ „Für bessere Ausbildungsplätze und gegen die Jugendarbeitslosigkeit". Kurz nachdem die Genossen begonnen hatten, die Flugblätter für die Einbürgerung des Genossen Sascha zu verteilen und den ROTEN MORGEN zu verkaufen, starteten zwei D„K"P-Schlägertrupps Überfälle auf die Genossen. Sie verzogen sich allerdings, als sie auf den Widerstand der Genossen stießen. Dagegen zeigte sich, daß viele einfache „S"DAJ-Anhänger Interesse an den Flugblättern der Partei hatten. Sie kamen oft direkt auf die Verteiler zu und verlangten nach Flugblättern.

SINGEN

Am 18. 1. 75 fand in Singen die 1. Veranstaltung der ROTEN GARDE statt, zu der mit einem Flugblatt vor der Berufsschule eingeladen wurde. Im revolutionär geschmückten Raum versammelten sich 26 Freunde und Genossen. Eine Genossin der Partei begrüßte die Gründung der ROTEN GARDE in Singen und ein Genosse der ROTEN GARDE sprach anschließend über die Aufgaben und die Bedeutung der ROTEN GARDE. Die Teilnehmer der Versammlung stimmten dann einstimmig für eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes des
Eine Spendensammlung ergab 106,25DM.

HAMBURG

In Hamburg Langenhorn besteht ein Kirchenzentrum, in dem einige Pfaffen eine „Diskothek" veranstalten, um damit die Jugendlichen anzulocken. Genossen der ROTEN GARDE und andere fortschrittliche Jugendliche hatten an einigen Abenden die reaktionäre Rolle der Kirche in Diskussionen entlarvt, was zunächst dazu führte, daß man die fortschrittlichen Jugendlichen nicht mehr hereinlassen wollte. Gegen diese Machenschaften wurde allerdings ein Kampf geführt, bei dem sich die Pfaffen so entlarvten, daß zum nächsten Abend nur noch 70 Jugendliche kamen, davon wieder 30 „Unbequeme". Um zu verhindern, daß diese 30 in den Saal gelangten, bauten die Pfaffen aus Tischen Barrikaden. Als die Genossen der RG und andere fortschrittliche Jugendliche sich dadurch nicht aufhalten ließen und schließlich die Tische durch die Gegend flogen, holten die Pfaffen die Polizei, die den Jugendlichen nach anfänglichen „gutgemeinten Worten" mit dem Gummiknüppel drohte.

HAMBURG

Auf einer Veranstaltung der ROTEN GARDE Hamburg zur Arbeitslosigkeit der Jugendlichen wurde von den ca. 150 Teilnehmern eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes gefaßt und gleichzeitig 150,– DM gesammelt.

WESTBERLIN/MARBURG/ TAILFINGEN

Die ROTER MORGEN-Leserkreise in Westberlin/Kreuzberg und Tailfingen sowie der Diskussionskreis der KPD/ML in Marburg beschlossen ebenfalls Solidaritätsresolutionen mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bremer Vulkan

Mordanschlag auf Heinz Scholz

Am Mittwoch, den 29. 1. 75 abends ging Heinz Scholz, Betriebsrat der Vulkan-Werft in Bremen, wie gewohnt gegen 20 Uhr nach Beendigung einer Sitzung eines gewerkschaftsoppositionellen Komitees zu seinem Auto, um nach Haus zu fahren. Als er die Tür seines Wagens öffnete, stürzte sich von hinten ein maskierter Mann auf ihn und stach ihn nieder. Heinz Scholz brach bewußtlos zusammen. Er wurde später gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Zur Zeit befindet er sich außer Lebensgefahr.

Das ist ein faschistischer Mordanschlag auf einen Betriebsrat, der 1973 am selbständigen Streik der Bremer Vulkanarbeiter führend beteiligt war, der im März des letzten Jahres ebenfalls an der Spitze des Streikkampfes im Gebiet Bremen/Unterweser stand. Heinz Scholz, der Sympathisant der Gruppe Rote Fahne Dortmund ist, wurde zusammen mit drei anderen Kollegen vor einiger Zeit aus der IG Metall ausgeschlossen. Wegen seiner Rolle bei den Streiks und wegen seiner berechtigten Angriffe auf reaktionäre Betriebsräte wurde bereits seit langem gegen ihn eine systematische Hetzkampagne durchgeführt.

Es ist dieses Klima, geschaffen von den Vulkan-Kapitalisten und dem IGM-Apparat, der dem faschistischen Mordanschlag auf Heinz Scholz den Boden bereitete!

Es ist nicht das erste Mal, daß die Kapitalisten und ihre Handlanger faschistische Mörder auf ihre politischen Gegner hetzen: 1972 brach vor Opel in Bochum ein spanischer Streikposten, getroffen von den Messerstichen eines Faschisten zusammen. Erst vor wenigen Monaten zog ein Faschist sein Messer gegen einen Verteiler der „Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML, vor Opel/Rüsselsheim.

Neben diesen offen faschistischen Anschlägen betreiben die Kapitalisten mit Hilfe der DGB-Gewerkschaften und mit Hilfe von reaktionären Betriebsräten, unter denen sich die Revisionisten der D„K"P besonders hervortun, einen systematischen Betriebsterror gegen fortschrittliche und kommunistische Kollegen.

Vor allem aber versucht die Bourgeoisie mit der weiteren Faschisierung des Staatsapparates eine weitere Verankerung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, in der Arbeiterklasse zu verhindern, diese Avantgarde des Proletariats zu zerschlagen und ihre Mitglieder auch mit dem Mittel des politischen Mords zu vernichten.

Es ist erst ein halbes Jahr vergangen, seit bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner, der unter den kämpferischen Mannesmann-Arbeitern für den revolutionären Klassenkampf, für die sozialistische Revolution eintrat, die Polizei einen Mordanschlag auf unseren Genossen Günter Routhier verübte.

Die Empörung der Massen gegen diesen faschistischen Terror der Bourgeoisie wächst. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiter in diesem Kampf gegen die wachsende Faschisierung zusammenzuschließen und ihnen zu zeigen, daß dieser Kampf nur eine Perspektive haben kann, den Kampf mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution.

Schlichtung/Metall

IGM-Bonzen stimmen 7% Schlichtung zu

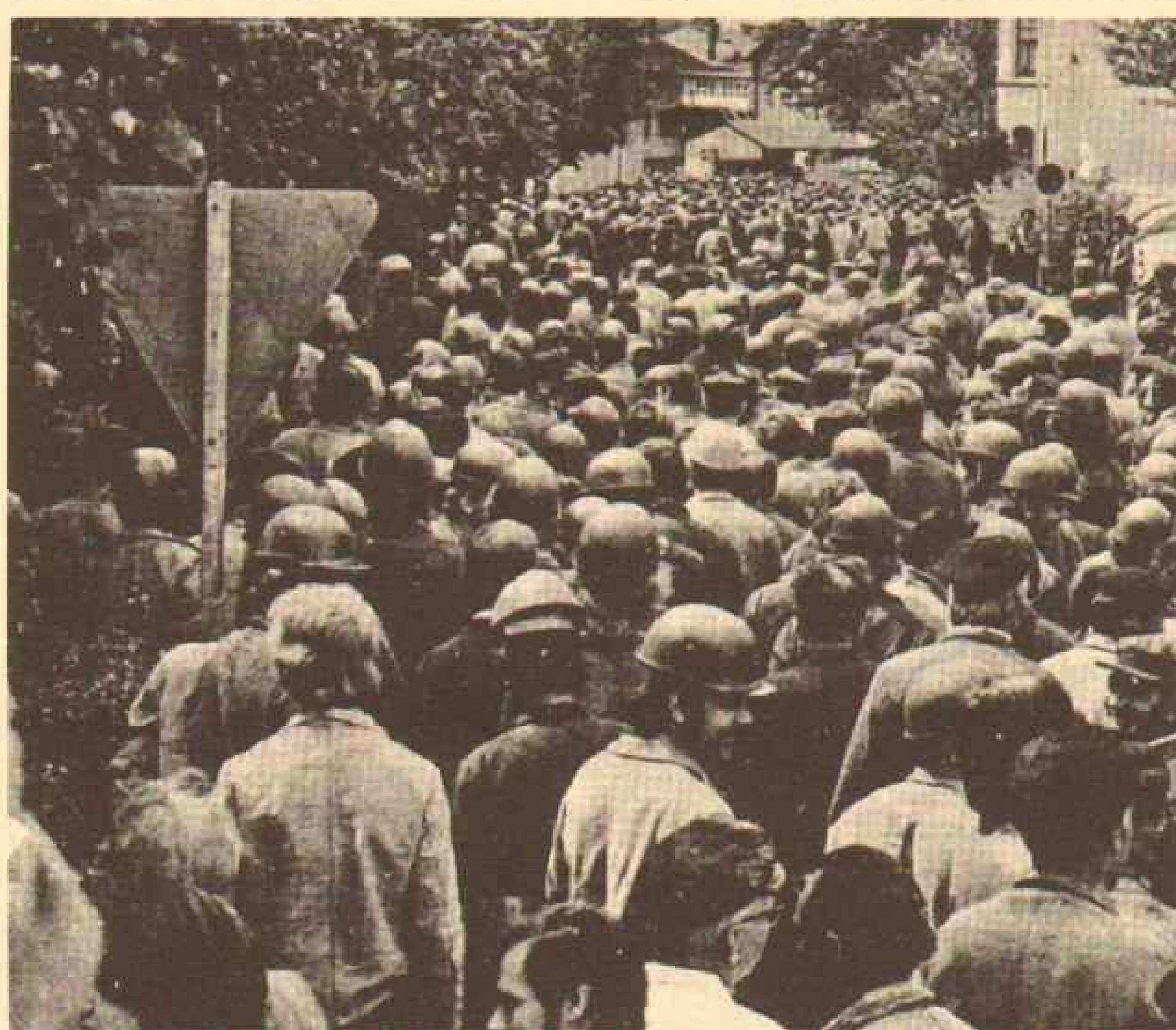
„Verzicht rettet keinen Arbeitsplatz." – „Sollen die Arbeiter auch noch freiwillig auf Lohn verzichten und dann mit geringerem Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld abgespeist werden?" Das sind Sprüche, wie sie in der „Metall" vom 28. Januar geklopft werden. Vorsichtshalber wird die Forderung der IG Metall die deshalb „auf keinen Fall zu hoch sein kann" aber nicht mehr ins Gedächtnis des „Metell"-Leser gerufen.

Kaum zwei Tage später, in der Nacht zum 30. 1. 75, ist die Katze – zumindest für NRW – aus dem Sack. In der Schlichtungsverhandlung stimmten die Vertreter des IGN-Apparates dem 7%-Lohnraub Vorschlag des „Schlichters" zu. Die Metallkapitalisten blieben weiter bei ihren 6%. Damit aber ist klar, welchen Weg Metall-Kapitalisten und IGM-Apparat auch wählen werden, um ihren Tarifverhandlungen einen klassenkämpferischen Anstrich zu geben, daß die IGM-Bonzen genau wie vorher die Vertreter der IGBau, den Metallarbeitern eine „Lohnerhöhung" aufzwingen wollen, die noch unter den von ihnen selbst angegebenen zu erwartenden Preissteigerungen liegt.

Um diesen Lohnraubabschluß vorzubereiten, präsentieren die IG-Metall-Bonzen den Abschluß über einen neuen Manteltarifvertrag als „großen Erfolg". Sie spekulieren darauf, daß die Arbeiter die in diesem Manteltarifabschluß vorgesehene Klausel über die Kündigung von älteren Arbeitern, Zuschläge für die Nachtarbeit und 2 Tage sogenannten Pflegeurlaub, die in zwei Jahren wirksam werden sollen, als „Ausgleich" für geringeren Lohn akzeptieren. Außerdem haben sie sich bis zuletzt in der Hinterhand behalten, mit der schon seit Jahren aufgestellten Forderung nach der Streichung der Lohngruppe 2 im Lohnrahmentarifvertrag weitere Betrugsmanöver zur Vertuschung des sicheren Lohnraubabschlusses gegen die Metallarbeiter zu starten.

Im Grunde aber spekulieren Metallkapitalisten wie IGM-Bonzen vor allem auf eins, um ihren Lohnraubabschluß ohne den heftigen Widerstand der Metallarbeiter durchsetzen zu können: auf die Unsicherheit in der Arbeiterklasse über den Arbeitsplatz, auf die Unsicherheit darüber, ob der entschlossene Kampf für mehr Lohn in dieser Situation richtig ist. Nicht umsonst beginnen die IGM-Bonzen jetzt wieder den Kapitalisten „vorzuwerfen", sie würden mit ihrem starren Festhalten an dem 6%-„Angebot" die Situation „verschärfen", nicht umsonst versucht die letzte „Metall" im gleichen Artikel, der demagogisch alle Lohnverzichttheorien verurteilt, die Arbeiter mit Zahlen von „IGM-Wirtschaftsexperten" über steigende Profite der Kapitalisten auf die Lohnverhandlungen im nächsten Jahr zu vertrösten.

Diese Reden der IGM-Bonzen haben nur den einen Zweck, die Arbeiter dazu zu erziehen, auf Schritt und Tritt auf die Kapitalisten zu starren und vor allem an das Wohl des „Herrn" zu denken, weil er bestimmt, wie groß die Krumen auch sind, die für den „Sklaven" abfallen. Auf diesem Weg aber können die Arbeiter gar nichts gewinnen, weder einen Lohn, der einigermaßen die Versorgung der Familie sichert, noch den Arbeitsplatz. Erfolgreich kämpfen kann die Arbeiterklasse nur, wenn sie sich gegen die zusammenschließt, die diesen Untertanengeist, diesen Geist der Klassenversöhnung in ihren Reihen säen und ihren Kampf selbständig und revolutionär führt.



Streik für Teuerungszulage. Bremer Vulkanarbeiter 1973.

Nach 20 Jahren Schufterei entlassen- Ernst ist kein Einzelfall

Ernst H. war sehr sauer und enttäuscht. Seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten arbeitet er im Hafen, erst bei den Stauern, dann die letzten fünf Jahre bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft).

20 Jahre Schufterei – das bleibt nie ohne Folgen. Ernst hat sich den Rücken kaputtgemacht! In diesem Jahr wurden die Schmerzen bei der Arbeit immer schlimmer. Der Arzt schrieb ihn mehrere Wochen lang krank.

Die HHLA-Kapitalisten handelten schnell. Für sie ist ein kranker Arbeiter ein schlechter Arbeiter. Anfang Oktober flatterte Ernst die Kündigung zum Ende des Jahres ins Haus. Selbstverständlich bereits vom Betriebsrat unterzeichnet, der es nicht einmal für nötig gehalten hatte, Ernst vorher zu informieren. Grund der Entlassung: zu lange Krankheitszeiten.

Ernst ist kein Einzelfall!

Fast zur gleichen Zeit wurde ein weiterer Kollege von Halle 5 auf dem Bukai mit der gleichen Begründung auf die Straße gesetzt. Gerade jetzt, wo sich die allgemeine wirtschaftliche Krise auch voll auf den Hafen auszuwirken beginnt, greifen die Hafenkapitalisten zu diesem Mittel der versteckten Entlassungen, um die Zahl der Arbeitskräfte im Betrieb herunterzuschrauben. Vorwände werden gesucht, um die Entlassungen vor den Arbeitern zu rechtfertigen.

Noch nehmen die Kapitalisten im Hafen keine offenen Massenentlassungen vor. Aber es besteht kein Zweifel, daß diese vorbereitet werden. Erinnern wir uns an die letzte Betriebsversammlung. Vorstandsmitglied Sohst sagte klar: „Wenn die Erwartungen der HHLA über die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Löhne und Gehälter nicht zutreffen, **dann werden sich auch bei der HHLA Auswirkungen auf die Beschäftigung nicht vermeiden lassen.**"

Das bedeutet nichts anderes als die Drohung: Wenn ihr den Gürtel nicht enger schnallt, auf höhere Löhne verzichtet, dann wird ein großer Teil von euch auf die Straße gesetzt! Aber selbst wenn ihr euch einschränkt, können wir euch keinen sicheren Arbeitsplatz versprechen, denn ihr werdet auch dann entlassen, wenn sich „das Geschäft" nicht so entwickelt, wie wir uns das gedacht haben! (. . .)

Die DGB-Bonzen wie ÖTV-Kluncker singen mit in dem Chor derjenigen, die von der Arbeiterklasse Opfer verlangen, damit die Kapitalisten sich an der Krise gesundstoßen können. Kluncker, Erich Rumpel und Konsorten behaupten dabei, daß diese Opfer ja in „unser aller Interesse" seien. Klar, daß so ein Kapitalistenhandlanger wie der Betriebsratsvorsitzende der HHLA, Gerd Österreich, seinen Teil zum Betrug beisteuert: „Wir sitzen doch alle in einem Boot, Kollegen, und wir haben alle ein Interesse daran, daß es der Firma gutgeht!"

Aber was heißt es denn, wenn es einem Betrieb im Kapitalismus gutgeht? Das heißt, daß er rentabel arbeitet. Und ein Betrieb arbeitet umso rentabler, je mehr er die Arbeiter ausbeutet! (. . .)

Wenn nun wie bei uns im Hafen und bei der HHLA die Nachfrage nach den Leistungen (Umschlag, Lagerung usw.) zurückgeht, so wird zwar die Produktion eingeschränkt, die Kapitalisten steigern aber gleichzeitig die Arbeitshetze. Lieber führen die Kapitalisten Kurzarbeit ein oder werfen die Kollegen auf die Straße, als daß sie das Pensum auch nur um einen Bruchteil ablassen oder auch nur eine Tonne pro Schicht weniger umschlagen lassen. Das wird jeder Kollege bestätigen können. Um diese Maßnahmen durchsetzen zu können, spekulieren sie damit, daß die Angst der Kollegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sie davon abhält, gegen gesteigerte Arbeitshetze und den erneut geplanten Lohnraub zu kämpfen. (. . .)

Gerade jetzt, wo in den Betrieben der Kampf um mehr Lohn, gegen die Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung steht, da schreiben die Arbeiterverräter von der D„K"P in ihrem „Kiek ut": „Die DKP fordert: Die Preise stoppen. Die Löhne der Arbeiter und Lehrlinge, die Gehälter der Angestellten, die Renten und Ausbildungsbeihilfen für Schüler und Studenten müssen sofort drastisch erhöht werden. Denn Massenkaufkraft macht die Arbeitsplätze stabiler."

Sehen wir einmal davon ab, daß diese Forderung auch ökonomisch Unsinn ist, da die Kapitalisten ja gerade die Arbeiter entlassen oder Kurzarbeit einführen, um Lohnkosten einzusparen – wer sollte denn sicherstellen, daß die Monopolkapitalisten höhere Löhne zahlen, die Millionäre den Reichtum teilen, „der fehlt, um die Mißstände zu beseitigen" (Kiek ut). Der Staat, sagt die D„K"P. Aber gerade dieser Staat ist es, der im Interesse der Monopole in die Wirtschaft eingreift, der Polizeiknüppel gegen streikende Arbeiter einsetzt! Und dieser Staat mit seiner jeweiligen Regierung soll die Interessen der Arbeiter vertreten können? Nein Kollegen, dieses Beispiel zeigt nur deutlich, daß die D„K"P eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterklasse ist, die unseren Kampf verrät und sich dabei noch das Mäntelchen des „Kommunismus" umhängt. (. . .)

Ernst H. ist einer der ersten, der für die Profite der Hafenkapitalisten Opfer bringen soll und er wird nicht der letzte sein. Ernst hat es selber ganz klar erkannt: alleine kann ich kaum was machen, da müssen wir Kollegen schon zusammenhalten. Nur wenn wir uns zusammenschließen, werden wir im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Lohnraub erfolgreich sein!

Gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung! Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger! Oder wie die Hamburger Hafenarbeiter es schon im Streik von 1896/97 riefen: **„Wo wie tohoop hebbt stohn, het uns noch Nüms wat dohn."**

(Aus: „Der Rote Handhaken", Hafenzeitung der KPD/ML, gekürzt).

Bleihütte Stoltenberg
Ein Arbeiter ermordet, 12 verletzt

Samstag, 4. 1. 75, Bleihütte Stoltenberg. Die Kollegen der Spätschicht kommen gerade aus den Duschen, einige duschen noch. Die Kleider werden in Körben von der Deckenkonstruktion heruntergelassen. Plötzlich ein Krachen und mit lautem Getöse fallen die Stahlträger der Deckenkonstruktion von der Decke herunter und begraben 13 Arbeiter unter sich. Alle werden getroffen, nur einige, die zufällig noch in der Dusche standen, nicht. Ein Teil der Kollegen ist schwer verletzt, ein türkischer Kollege ist tot.

Dieser Unfall war einkalkuliert. Der Tote und die 12 Verletzten sind die Opfer des rücksichtslosen Strebens der Kapitalisten nach höchstem Profit.

Einige Kollegen sagen: die Konstruktion war zu alt. 20 Jahre. Andere sagen: Die Träger waren schlecht befestigt. Eins steht fest: Im Interesse der Profite haben die Kapitalisten Gefahr für das Leben der Arbeiter in Kauf genommen. Einige Kollegen sagen auch: „Der Staat ist schuld, denn der TÜV untersucht alle zwei Jahre den Betrieb auf seine Sicherheit. Die baufällige Konstruktion aber hat er ‚nicht bemerkt'."

Aber der Staat deckt nicht nur solche Gefährdungen für das Leben der Arbeiter wie in diesem Fall, sondern verfolgt mit seiner Klassenjustiz diejenigen, die sagen, daß es für den Tod dieses Arbeiters und für den Tod der 15 Arbeiter, die jeden Tag im Betrieb an einem Unfall sterben, Schuldige gibt: die Kapitalisten und ihre Profitgier. So erhielt der presserechtlich Verantwortliche der KPD/ML in Aachen einen Strafbefehl über 300,– DM, weil die Partei beim tödlichen Betriebsunfall der erst 14-jährigen Arbeiterin bei Prym in Stolberg entlarvt hatte, daß sie ein Opfer der kapitalistischen Arbeitshetze geworden war. Bei dem Prozeß, der deswegen am 24. 3. vor dem Amtsgericht Eschweiler stattfinden wird, wird die Partei zeigen, daß es keinen anderen Weg gibt, diesen täglichen Arbeitermord zu beenden, als den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems, den Kampf für die sozialistische Revolution.

Revisionistisches

GEGEN DEN BEWAFFNETEN KAMPF DES IRISCHEN VOLKES

An ihrer Haltung zum Kampf des irischen Volkes im Norden des Landes zeigen die modernen Revisionisten der D„K"P ihren wahren sozialfaschistischen Charakter. Schon in der Überschrift eines Artikels aus der UZ vom 10. 1. 75 „In Belfast blühen keine Blumen mehr: Iren sprechen von ,Englands ältester Kolonie'," distanzieren sie sich durch die Anführungsstriche bei „Englands ältester Kolonie" vornehm davon, daß der Norden Irlands tatsächlich eine Kolonie Englands ist. Sie wollen dem britischen Imperialismus nicht zu nahe treten. Folgerichtig jammert dann auch ein gewisser Ford Böttcher zwei Spalten lang über die Verwüstungen und das menschliche Elend, das die „fünf Jahre bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen" angerichtet haben. Kein Wort davon, daß dieser „Bürgerkrieg" ein Krieg des irischen Volkes gegen die britischen Imperialisten ist, daß dieser Krieg gerecht ist und von den Völkern unterstützt werden muß. So werden konsequenterweise ja auch sowohl in der UZ als auch im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der „S"ED, immer die hunderte von Toten in Irland beklagt, ohne daß auch ein einziges Mal ein Unterschied gemacht wird, zwischen irischen Kämpfern, die von britischen Soldaten ermordet wurden und feindlichen Soldaten, die vom irischen Volk vernichtet wurden.

Worauf diese Haltung hinausläuft, zeigte sich deutlich in dem schon erwähnten UZ-Artikel. Dort heißt es: „Die fast 20 000 Armeeangehörigen der britischen Streitkräfte, die in Nordirland stationiert wurden, **sind rastlos auf den Beinen**, doch weder die Mordserien, von den Rechtsextremisten ausgeführt, **noch die Bombenanschläge der IRA können sie verhindern.** Sie sind kein Ersatz für eine politische Lösung des Konflikts, die so dringend notwendig ist." (Hervorhebung von der Red.)

Das ist offen faschistischer Beifall für die imperialistischen Verbrechen der britischen Armee in Irland. Das ist offenes Bedauern, daß es bisher dem Imperialismus nicht gelang, den bewaffneten Kampf des irischen Volkes im Blut zu ersticken. Deutlicher als hier können die modernen Revisionisten im übrigen nicht zeigen, was sie wollen, wenn sie für „politische Lösungen" plädieren: die Verlängerung der Unterdrückung des Volkes.

„K"B HETZT GEGEN VR CHINA

Aktive Unterstützung bei ihrer antikommunistischen Propaganda gegen die VR China erhalten die modernen Revisionisten der D„K"P seit einiger Zeit vom „Kommunistischen" Bund. Während des Strauß-Besuches in China hetzten sie gegen diese „widerliche Anbiederung chinesischer Politiker", stellten sie chinesische Führer als Konterrevolutionäre hin und behaupteten, die revolutionäre chinesische Außenpolitik sei „ein Schlag ins Gesicht der Kommunisten". Genau wie in der UZ der D„K"P hieß es auch bei ihnen „Komplott Peking-CSU".

Während sie sich bis vor einiger Zeit als „Freunde Chinas" hinzustellen versuchten, hört man seit dem Beginn ihrer offen antichinesischen Hetze, daß diese „Freundschaft „jetzt auf bestimmte „fortschrittliche Kräfte" beschränkt sein soll, denen sie auch ihre Unterstützung zusagen. Einen Vertreter dieser „fortschrittlichen Kräfte" findet man auf einem Buch des „K"B über die Kulturrevolution abgebildet: Lin Biao, diesen Erzreaktionär, der in „linkem" Gewand für den Sturz der Diktatur des Proletariats und für Restauration des Kapitalismus in China seine Wühlarbeit betrieb.

Jugendarbeitslosigkeit ist kein Ausbildungsproblem

Annähernd 250 000 junge Menschen unter 25 Jahren sind inzwischen ohne Arbeit. Dazu kommen die Jugendlichen, die nach der Schule keine Stelle gefunden haben, die nicht bei den Arbeitsämtern registriert werden, weil sie auch kein Arbeitslosengeld bekommen. Im Bezirk Neukölln in Westberlin machten diese Jugendlichen bereits 40% derjenigen aus, die keine Lehrstelle bekommen haben. Dazu kommen weiter die Jugendlichen, die nach Abschluß der Lehre keine Anstellung bekommen haben. Denn auch die Jugendlichen mit abgeschlossener Lehre werden erst dann als Arbeitslose bei den Arbeitsämtern geführt, bekommen erst dann Arbeitslosengeld, wenn sie für mindestens 10 Wochen Arbeit gefunden haben.

Dieses Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, das sich inzwischen nicht mehr verschleiern läßt, schafft unter der werktätigen Jugend eine beträchtliche Unruhe. Jahrelang hat ihr die Bourgeoisie vorgemacht, der Jugend gehöre die Welt, sie hat ihr Reformen noch und noch versprochen und ihr erst vor kurzem die „Volljährigkeit mit 18 geschenkt". Jetzt allerdings stehen tausende von Jugendlichen vor der Situation, daß sie noch nicht einmal ihre nackte Existenz sichern können. Ein Zustand, der ihnen die bürgerliche Ideologie, nach der jeder bei entsprechendem Fleiß vom „Arbeitnehmer" zum „Unternehmer" aufsteigen kann, nicht gerade glaubwürdiger erscheinen läßt.

daß sie während ihrer Lehrzeit für diese Betriebe billige Arbeitskräfte waren, die dann auf die Straße gesetzt wurden, wenn man ihnen den Lohn eines qualifizierten Arbeiters hätte zahlen müssen. Früher fielen diese Entlassungen in der Statistik der Bourgeoisie nicht ins Gewicht, weil diese Jugendlichen in anderen Betrieben wieder Arbeit fanden. Das ist eben jetzt aufgrund der Krise oft nicht mehr der Fall. Dazu kommt, daß gerade diese Klein- und Mittelbetriebe von der Krise besonders stark betroffen sind und noch mehr entlassen als zuvor. **Diese Jugendlichen sind aus dem gleichen Grund arbeitslos wie ihre älteren Kollegen; weil die Kapitalisten der Großbetriebe, die sie bisher eingestellt haben, mit**



Die Jugend wird sich an der Seite ihrer älteren Kollegen gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zusammenschließen.

Um so mehr ist die Regierung in Bonn, unterstützt von allen anderen bürgerlichen Propagandisten, bemüht, „Erklärungen" für die Jugendarbeitslosigkeit zu finden, die die Jugendlichen davon ablenken sollen, daß ihr Problem mit dem ihrer Väter und älteren Kollegen zusammenhängt, daß ihre Arbeitslosigkeit das Ergebnis der kapitalistischen Krise ist.

Dem dient vor allem die Lüge von der Jugendarbeitslosigkeit als „Lehrstellen", als „Ausbildungsproblem". Schon bisher war aber die Zahl der Jugendlichen, die nach Beendigung der Lehre vor allem in kleinen, aber auch in mittleren Betrieben keine Anstellung bekamen, sehr groß. Das lag nicht daran, daß diese Lehrlinge dumm oder faul waren, sondern daran,

Einstellungsstop, Kurzarbeit und Massenentlassungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse in der Krise ihre Profite sichern wollen.

Aber auch bei den Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, geht es nicht darum, daß die Kapitalisten plötzlich der Jugend das Recht auf Ausbildung entziehen würden, wie vor allem die modernen Revisionisten behaupten. Und schon gar nicht ist der Grund für die fehlenden Lehrstellen eine „künstliche Knappheit" aus Protest gegen eine drohende Berufsbildungsreform zum Nutzen der Jugendlichen.

Bei der überwiegenden Mehrzahl der Lehrstellen, die jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen, nämlich den Lehrstellen in den Mittel- und Kleinbetrieben, die in der Krise gegenüber der Konkurrenz der Monopole nicht mehr bestehen konnten und Pleite gingen, haben die Jugendlichen auch bisher nichts gelernt, sondern waren billige Arbeitskräfte, die während ihrer Lehrzeit zusätzlichen Profit brachten und nach der Lehre als Hilfsarbeiter in anderen Betrieben neu anfangen mußten. **Das Recht der Jugendlichen auf Ausbildung war in Wirklichkeit nie Realität.** Und es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Kapitalisten jetzt plötzlich in der Krise möglich machen wollten und könnten, was schon vor der Krise nicht drin war.

Was die modernen Revisionisten in Wirklichkeit also bezwecken, wenn sie die Jugendlichen zum Kampf gegen die „künstliche Lehrstellenknappheit" aufrufen, ist einmal, Spaltung zwischen jungen und älteren Kollegen zu betreiben, die Bildung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Massenentlassungen und gegen die Arbeitslosigkeit zu bilden. Darüber hinaus wollen sie den Jugendlichen einreden, ihre Arbeitslosigkeit bestehe sozusagen unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftskrise, habe seine Ursachen nicht im kapitalistischen System, sondern in der Verstocktheit einiger Kapitalisten.

Diesem Ziel dient auch die Kampagne, die gegenwärtig von verschiedenen revisionistisch geführten Jugendverbänden entfacht wird, um diese „verstockten Unternehmer" mit einer Anzeige wegen „Nötigung" zur „Vernunft" zu bringen. „Genötigt" werden soll – glaubt man den Revisionisten – die Bonner Regierung, die den Jugendlichen ein reformiertes Berufsbildungsgesetz schenken wollte, das endlich eine gute Ausbildung verwirklichen sollte.

Während die Revisionisten so den Jugendlichen weismachen wollen, der Staat sei ein neutrales Gebilde, auf das die Kapitalisten höchstens über „Nötigung" Einfluß nehmen könnten, beweisen die Tatsachen gerade auch in Bezug auf die Jugendlichen das genaue Gegenteil. Nachdem die Bonner Regierung erst ein großes Getöse um eine Ausbildung „außerhalb des Profitinteresses der Unternehmer" gemacht hatte, nachdem dann als „Strafe" für die „lehrlingsfeindlichen" Kapitalisten eine Lehrlingssteuer angekündigt wurde, die alle Kapitalisten zahlen sollten und die den Lehrlingen zu gute kommen sollte, ist jetzt von alledem nur eins geblieben, was mit Sicherheit verwirklicht wird. **Die Kapitalisten, die Lehrlinge ausbilden, werden Steuergelder zugeschoben bekommen und zwar gestaffelt nach der Qualität des Ausbildungsplatzes.** Was beim „Kampf" der Regierung um die gute Ausbildung der Jugend und gegen die Arbeitslosigkeit der Jugend also am Ende herausgekommen ist, ist das gleiche wie bei allen anderen bisherigen „Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit: Steuergelder für die Kapitalisten und zwar vor allem für die Monopole.

Dies zeigt, daß die modernen Revisionisten mit der Aktivität, die sie jetzt an den Tag legen, nur eins wollen: die Jugendlichen an den kapitalistischen Staat ketten und verhindern, daß sie sich an der Seite ihrer älteren Klassenbrüder gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zusammenschließen.

HDW/Hamburg

Drei fortschrittliche Kollegen entlassen

Am 15. und 16. Januar fand für die Maschinenschlosser auf HDW in HH die praktische Facharbeiterprüfung statt. Noch während der Prüfung flatterten bei drei dieser Kollegen Kündigungsschreiben ins Haus. „Hiermit teilen wir Ihnen mit, daß wir Sie nicht in ein Arbeitsverhältnis übernehmen." Ein Kündigungsgrund wurde gar nicht erst angegeben. Die drei Kollegen hatten ihre Gesellenprüfung mit guten und durchschnittlichen Zensuren bestanden. Alle drei hatten bereits eine Zusage in der Bordmontage-Reparatur. Darüber hinaus erschien am 10. 1., dem Tag, an dem die Kündigung ausgestellt war, in den Hamburger Tageszeitungen eine Anzeige, in der HDW „junge Nachwuchskräfte für Montagearbeiten im Neubau und in der Reparatur" suchte.

Warum also wurden die drei Kollegen entlassen?

Sie hatten während ihrer Lehrzeit gegen die katastrophalen Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse gekämpft. Zwei von ihnen waren zeitweilig Jugendvertreter bzw. Vertrauensmann gewesen. **Diese Parteinahme für die Kollegen, gegen die HDW-Bosse – das war der Grund für ihre Kündigung.** Hier zeigte sich, daß die Rote Garde Recht hatte, als sie bei der Entlassung der roten Jugendvertreter aufrief, gegen diese politischen Entlassungen zu kämpfen, weil die HDW-Bosse nicht nur die Kommunisten, sondern auch andere klassenkämpferische Kollegen auf die Straße setzen würden, um so den anderen die Führung im Kampf zu rauben und alle Kollegen einzuschüchtern.

Um gegen diese erneuten politischen Entlassungen zu protestieren, zogen zweimal rund 20 Kollegen ins Betriebsratsbüro und verlangten nach einer Stellungnahme. Betriebsrat Peters mußte zugeben, von den Entlassungen vorher gewußt zu haben. Er drohte den Lehrlingen demagogisch, wenn sie jetzt dafür eintreten würden, daß jeder Lehrling später auch einen Arbeitsplatz bei HDW erhält, dann würden sie den Tausenden von Jugendlichen schaden, die heute arbeitslos sind. **Als ob gerade die Arbeiter, die gegen Entlassungen kämpfen, an der Arbeitslosigkeit schuld sind! Damit wollte der Betriebsrat einzig und allein die HDW-Kapitalisten schützen und zeigte so deutlich, auf welcher Seite er steht. Schließlich drohte der Betriebsrat denn auch, die Lehrlinge aus dem Betriebsratsbüro zu werfen.**

D„K"P-Mügo, wie ihn die Kollegen nennen, der in die Jugendvertretung nachrücken konnte, nachdem die Kapitalisten die roten Jugendvertreter hinausgeworfen hatten, tat jetzt so, als sei er gegen diese Entlassungen. In Wirklichkeit sabotierte er den Kampf, indem er den Lehrlingen einredete, sie seien gegen diese Entlassungen machtlos, da die Rechtslage so kompliziert sei!

Die ROTE GARDE schreibt dagegen:

„Hier zeigt sich, was die D„K"P wirklich will: Wir sollen uns nur immer hübsch brav an die Gesetze halten und wenn die nun mal gegen die Arbeiter gerichtet sind, kann man da halt nichts machen. Auf diese Weise will uns die D„K"P an das bestehende kapitalistische System ketten. Die ROTE GARDE sagt: Nicht die Gesetze können uns hier weiterhelfen, sondern nur der revolutionäre Klassenkampf. Deswegen kämpfen wir für die Einstellung der drei entlassenen Kollegen. Übt Solidarität!"

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE VOLKSMASSEN FEIERN DEN ERFOLGREICHEN ABSCHLUSS DER 1. SITZUNG DES 4. NATIONALEN VOLKSKONGRESSES

Die erste, erfolgreich abgeschlossene Sitzung des 4. Nationalen Volkskongresses in der VR China ist von den chinesischen Volksmassen begeistert gefeiert worden. Überall entschlossen sich die Werktätigen der verschiedensten Bereiche, sich noch enger zusammenzuschließen, um die Aufgaben zu erfüllen, die der 4. Nationale Volkskongress ihnen gestellt hat.

Die Arbeiter der Eisenhütte in Peking hörten am 19. Januar im Radio die verschiedenen Dokumente des 4. Nationalen Volkskongresses. Sofort wurde eine Versammlung abgehalten. Alle Arbeiter betrachteten es als besondere Ehre für das ganze Werk, daß Fou-Wen-Ki, ein Arbeiter aus ihren Reihen, als Delegierter an der ersten Sitzung des Nationalen Volkskongresses teilgenommen hatte. Sie sagten: **In der alten Gesellschaft wurden wir Arbeiter „Kulis" geschimpft. Heute sind wir Herren des Staates geworden und nehmen direkt an der Regelung der Staatsangelegenheiten teil."** Das feierliche Ereignis wurde mit konkreten Aktionen gefeiert. Seit dem 18. Januar haben die Arbeiter einer Abteilung des Werkes die Produktion jeden Tag weiter erhöht und so einen Rekord in der bisherigen Geschichte aufgestellt.

Bei allen Diskussionen in den Industriebetrieben bekräftigten die Arbeiter, daß sie noch entschlossener an der Weisung des Vorsitzenden Mao festhalten werden, **„vor allem auf die eigene Kraft vertrauen"**. So beschlossen z. B. die Arbeiter einer Lokomotivfabrik, nachdem sie den Bericht des Genossen Tschou-En-Lai über die Tätigkeit der Regierung studiert hatten, daß sie in diesem Jahr die ersten Diesellokomotiven, deren Einzelteile alle in China produziert worden sind, fertigstellen werden.

Die Arbeiter der Schiffsbauwerft in Schanghai studierten den Bericht des Genossen Tschou-En-Lai in Verbindung mit der Geschichte der Werft und ihren eigenen Erfahrungen. Diese Erfahrungen haben bewiesen, daß es richtig ist, beim Aufbau der Industrie und bei der Produktion an der Weisung des Genossen Mao Tsetung festzuhalten: **„Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft."**

Im Laufe der 85 Jahre vor der Befreiung wurde auf der Werft kein einziges Schiff gebaut. In den 17 Jahren von der Befreiung bis zur Großen Proletarischen Kulturrevolution verließ nur ein Schiff mit 10 000 t die Werft. Aber seit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben die Arbeiter, gestützt auf die eigene Kraft, 14 Schiffe von 10.000 t gebaut. Im vergangenen Jahr wurde auf der Werft im Rahmen der Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius der Geist der Unterwürfigkeit und der Dogmatismus kritisiert; das Schiff „Fengkin" ist seine Reise angetreten, die einige Reaktionäre für unmöglich erklärt hatten und hat mit seiner erfolgreichen Rückkehr alle ihre reaktionären, pessimistischen Prophezeiungen widerlegt.

Im gleichen Jahr verließen 5 weitere Schiffe die Werft, ein Rekord in der bisherigen Geschichte der Werft. Die Arbeiter und die Kader der Werft schreiten gegenwärtig voran bei der Entwicklung eines 10-Jahres-Plans für den Schiffsbau, der dazu beitragen soll, den großen Plan zu verwirklichen, aus China im Laufe von wenig mehr als 20 Jahren, auf jeden Fall noch vor Ende dieses Jahrhunderts, ein modernes und mächtiges sozialistisches Land zu machen.

Teil 3

Imperialismus bedeutet Krieg

„Imperialismus bedeutet Krieg“ – diese geschichtliche Erfahrung hat heute uneingeschränkte Gültigkeit. Die Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus, insbesondere die Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus im Kampf um die Weltherrschaft, lassen den Ausbruch eines 3. imperialistischen Weltkrieges unvermeidlich werden, wenn die unterdrückten Völker und die internationale Arbeiterklasse den imperialistischen Räubern nicht zuvor die Waffen aus der Hand schlagen.

Seit die Sozialdemokratie 1914 mit fliegenden Fahnen auf die Seite des deutschen Imperialismus überlief und nicht nur für die Kriegskredite stimmte, mit denen die deutschen Imperialisten den Kampf um die Neuaufteilung der Welt finanzierten, sondern auch aktiv die chauvinistischen Hetzparolen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse verbreitete, um die deutschen Arbeiter gegen ihre ausländischen Klassenbrüder in die Schützengräben des imperialistischen Krieges zu hetzen, ist die Haltung zum imperialistischen Krieg zur wichtigen Scheidelinie zwischen Revisionismus und revolutionärem Marxismus geworden.

In ihrem Aufsatz „Der Wiederaufbau der Internationale“ geißelt Rosa Luxemburg, die gemeinsam mit Karl Liebknecht in Deutschland an der Spitze des Kampfes der revolutionären Marxisten gegen den revisionistischen Verrat der Sozialdemokratie stand, die chauvinistische Position des Revisionismus: **„Die Internationale habe nur die Frage der Verhütung des Krieges ventiliert. Nun aber ‚war der Krieg da‘, wie die Formel heißt, und nun stellte sich heraus, daß nach Ausbruch des Krieges ganz andere Verhaltensmaßregeln für die Sozialisten gelten als vor dem Kriege. Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage. Oder wie ein anderer ‚Austromarxist‘, Fr. Adler, mehr naturwissenschaftlich-philosophisch erklärt: die Nation müsse wie jeder Organismus vor allem ihr Dasein behaupten. Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht e i n e Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren z w e i : eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Krieg gelte im Innern jedes Landes die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder vereinigt Euch im Frieden und schneidet Euch die Gurgeln ab im Krieg.“**

Diese Charakterisierung des revisionistischen Verrats in der Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg trifft nicht nur auf den alten Revisionismus der sozialdemokratischen Parteien der 2. Internationale zu, sondern auch auf den modernen Revisionismus. So, wie die revisionistische Sozialdemokratie vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges Resolutionen gegen den imperialistischen Krieg verabschiedete, um mit Ausbruch des Krieges in der Arbeiterklasse für den Burgfrieden mit dem deutschen Imperialismus, für die „Solidarität“ mit dem Klassenfeind einzutreten, haben beispielsweise die modernen Revisionisten Indiens den Aggressionskrieg der indischen Expansionisten gegen Pakistan, der von den sowjetischen Sozialimperialisten unterstützt wurde, begrüßt. Die Revisionisten der ganzen Welt haben mit wenigen Ausnahmen den Überfall des Sozialimperialismus auf die CSSR begrüßt. Und auch die D„K“P-Revisionisten haben die offene Parteinahme für die imperialistische Kriegstreiberei indirekt in ihrem Programm vorgesehen. So heißt es in dem im April 1969 beschlossenen D„K“P-Aktionsprogramm: „Das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik verlangt den entschiedenen Kampf gegen die Großmachtpolitik der herrschenden Kreise. Die Bundesrepublik ist nicht von außen bedroht. Niemand will ihre Grenzen antasten. Die Gefährdung unserer Sicherheit geht allein vom außenpolitischen Kurs der Bundesregierung aus – von ihrer Forderung nach Revision der bestehenden Grenzen, von ihrem Anspruch auf Westberlin.“ Ganz abgesehen davon, daß sich auf deutschem Boden die aggressiven Militärblöcke der beiden Supermächte, die Nato und der Warschauer Pakt gegenüberstehen, daß gerade unser Volk besonders durch die sich ständig verschärfende Rivalität der beiden Supermächte bedroht ist, stellt sich die Frage, was das „Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik“ nach Ansicht der D„K“P verlangt, wenn der Fall der „Bedrohung von außen“ eintritt. Muß die Arbeiterklasse dann dem Ruf der „herrschenden Kreise“ folgen und an ihrer Seite in den imperialistischen Krieg ziehen, oder muß sie zu den Waffen greifen, um eine mögliche Aggression der sowjetischen Sozialimperialisten zu unterstützen?

In den programmatischen Dokumenten der D„K“P-Revisionisten ist pausenlos vom Kampf für den „Frieden“ die Rede. Aber stets unter der Voraussetzung, daß ein imperialistischer Krieg nicht sehr wahrscheinlich ist, weil angeblich die Haupttendenz die „internationale Entspannung“ ist. Wir haben bereits gezeigt, daß die modernen Revisionisten in der Verharmlosung des Imperialismus, der Leugnung der Tatsache, daß Imperialismus Krieg bedeutet, in die Fußstapfen der alten Revisionisten getreten sind. Genauso verhält es sich mit der Haltung der modernen Revisionisten in der Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Für die Zeit des Friedens halten sie Friedens-Phrasen gleich dutzendweise bereit, aber die Frage des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges wird von ihnen nicht gestellt. **Indem sie aber ihre „Friedensparolen“ damit begründen, daß die Bundesrepublik von außen ja gar nicht bedroht sei, geben sie gleichzeitig zu verstehen, daß, wenn hier eine Änderung eintritt, sich auch ihre Haltung ändern wird.** Bleibt festzustellen, daß die Imperialisten sich stets bedroht gefühlt haben, wenn sie einen imperialistischen Krieg vom Zaun brechen wollten.

Gegen die verräterische Politik des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie, gegen den Versuch der revisionistischen Agenten des Imperialismus in der Arbeiterklasse, die Arbeiter mit chauvinistischen Parolen vor den Karren der imperialistischen Kriegstreiber zu spannen, haben die Kommunisten stets die Losung **„Krieg dem imperialistischen Krieg!“** gesetzt. Genosse Mao Tsetung hat die Haltung der Kommunisten zum imperialistischen Krieg so zusammengefaßt: **„Man bekämpft einen solchen Krieg in der Weise, daß man, ehe er noch ausgebrochen ist, alles tut, um seinen Ausbruch zu verhindern, ist er aber ausgebrochen, dann bekämpft man, wo immer dies nur möglich ist, den Krieg mit dem Krieg, setzt dem ungerechten Krieg einen gerechten Krieg entgegen.“ Es ergeben sich also angesichts der Drohung eines 3. imperialistischen Weltkrieges für unsere Partei zwei Aufgaben: 1. alles tun, um seinen Ausbruch zu verhindern und 2. die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk darauf vorzubereiten, einen ausgebrochenen imperialistischen Krieg mit einem revolutionären Krieg zu beantworten.**

Der Kampf für die Verhinderung eines neuen Weltkrieges muß davon ausgehen, daß die beiden Supermächte früher oder später versuchen werden, im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt einen 3. imperialistischen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Wir müssen allen von den Revisionisten verbreiteten Illusionen über die Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung“ des Imperialismus entgegentreten. Wir müssen den von den Imperialisten, vor allem von den beiden Supermächten inszenierten „Entspannungs- und Abrüstungsschwindel“ bekämpfen, weil er nur dazu dienen soll, die Wachsamkeit der Völker gegenüber der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges einzuschläfern. Wir müssen dagegen erklären, daß nicht die Kollaboration mit der einen oder anderen Supermacht, daß nicht die verschiedenen imperialistischen Komplotte dem Frieden dienen, sondern daß nur der entschiedene Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges verhindern kann.

STÄRKT DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT – BESONDERS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

Während die beiden Supermächte auf der ganzen Welt um Hegemonie kämpfen, schließen sich die Völker immer enger zusammen. Sie kämpfen gegen die Plünderung der Reichtümer ihrer Länder, gegen die wirtschaftliche und militärische Erpressung, gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. **Wir unterstützen den Kampf dieser Länder für ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit.** Zur Zeit betonen die Imperialisten, wie sehr sie sich durch den Zusammenschluß der arabischen Staaten „bedroht“ fühlen. Vor allem die US-Imperialisten drohen den arabischen Ländern offen mit Krieg und die westdeutschen Imperialisten haben allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz bereits ihre Unterstützung zugesagt. Mit der Lüge von der „Strangulierung der Industrienationen“ durch die arabischen Staaten (bei Hitler hieß es „Volk ohne Raum“) wollen die Imperialisten Haß gegen die arabischen Völker hervorrufen und den Eindruck erwecken, die fortgesetzten imperialistischen Aggressionen gegen die arabischen Völker seien im Interesse der Werktätigen der imperialistischen Staaten. Es ist vor allem der sozialdemokratisch beherrschte DGB-Apparat, der versucht, diese chauvinistische Hetze in die Arbeiterklasse zu tragen, indem er die „Ölscheichs“ zum Feind der Arbeiter unseres Landes erklärt. Dieser chauvinistischen Hetze müssen wir entschieden entgegentreten und zeigen, daß der Kampf der arabischen Völker gerecht ist, daß er sich gegen den Imperialismus und vor allem gegen die beiden Supermächte richtet, die im Kampf um die Vorherrschaft die Welt in einen Weltkrieg stürzen wollen.

Besonders müssen wir den Kampf der Völker unterstützen, die bereits zu den Waffen gegriffen haben, um das imperialistische Joch im revolutionären Volkskrieg abzuschütteln. Dabei treten wir den modernen Revisionisten entgegen, die keinen Unterschied machen zwischen gerechten und ungerechten Kriegen, und die die Bestrebungen der beiden Supermächte unterstützen, den Völkern der Welt sogenannte „politische Lösungen“ zu diktieren, um ihren Befreiungskampf zu unterdrücken. Die modernen Revisionisten jammern, Krieg sei Krieg und jeder Krieg könne zum Weltbrand werden. Sie unterstützen scheinbar bestimmte Forderungen der Völker, um in Wirklichkeit Druck auf die Völker auszuüben, die Waffen vor der Aggression der Supermächte zu senken. Natürlich ist es nicht so, daß die Supermächte durch die schweren Schläge, die ihnen der Kampf der unterdrückten Völker tagtäglich versetzt, „vernünftig“ und weniger aggressiv werden. Vielmehr ist es es, wie Genosse Mao Tsetung sagt: **„Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus-Leninismus. Wenn wir sagen: ‚Der Imperialismus ist bestialisch‘, so meinen wir, daß sich sein Wesen nicht ändern kann, daß die Imperialisten bis zu ihrem Untergang ihr Schlachtermesser nie aus der Hand geben werden, sich nie in Buddhas verwandeln können.“** Die Revisionisten jammern, durch den Kampf der Völker würde der Imperialismus nur noch aggressiver. Wir aber sagen: **„Es lebe der Sieg im Volkskrieg!“**, weil wir wissen, daß nur der schonungslose Kampf für den Sturz des Imperialismus auf der ganzen Welt wirklich zum Frieden führen wird.

Unser entscheidender Beitrag zur Stärkung der weltweiten antiimperialistischen Front gegen die beiden Supermächte, von denen die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg ausgeht, muß aber darin bestehen, die Supermächte in unserem Land anzugreifen. Auf dem Boden unseres Vaterlandes stehen sich die beiden Supermächte waffenstarrend gegenüber. Westdeutschland ist von den Truppen des US-Imperialismus besetzt, die DDR steht unter dem Militärstiefel der Neuen Zaren im Kreml. Die westdeutschen Imperialisten sind Mitglied der Nato, des aggressiven Militärblocks des US-Imperialismus, die DDR gehört zum Warschauer Pakt, dem aggressiven Militärblock des sowjetischen Sozialimperialismus. Deutschland liegt in besonderer Weise im Spannungsfeld der Rivalität der beiden Supermächte und ein neuer imperialistischer Weltkrieg würde mit Sicherheit unser Land erfassen.

In dieser Situation wollen uns die modernen Revisionisten die sogenannte „neue Ostpolitik“ als Politik des „Friedens“ und der „Entspannung“ verkaufen. Aber nur eine Politik, die gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte gerichtet ist, kann eine Politik zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges sein. Die „neue Ostpolitik“ aber stellt seitens des westdeutschen Imperialismus den Versuch dar, die Rivalität der beiden Supermächte für ihre eigenen Großmachtambitionen auszunutzen. Sie lassen sich mit dem sowjetischen Sozialimperialismus ein, um gegenüber dem US-Imperialismus, unter dessen Vorherrschaft Westdeutschland steht, mehr Handlungsspielraum zu bekommen. Die sowjetischen Sozialimperialisten ihrerseits kommen den westdeutschen Imperialisten in gewissen Punkten (Westberlinfrage, Verzicht auf Friedensvertrag) entgegen, weil sie hoffen, so ihren Einfluß in Westeuropa stärken und in den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus eindringen zu können. Warum die modernen Revisionisten die neue Ostpolitik als „Friedenspolitik“ anpreisen, liegt auf der Hand. Einerseits wollen sie damit Illusionen über den westdeutschen Imperialismus wecken und ihm einen „friedlichen, vernünftigen“ Charakter bescheinigen. Andererseits vertritt die D„K“P hier massiv die Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus. **Im Kampf gegen den modernen Revisionismus, der unter den Werktätigen unseres Landes Vertrauen in die sozialimperialistische Supermacht erwecken will, indem er diese als sozialistisch und friedliebend hinstellt, ist es unsere Pflicht, die besondere Aggressivität des sowjetischen Sozialimperialismus zu entlarven, der den größten Teil seiner Armeen und seines gesamten militärischen Potentials an den Grenzen seines Herrschaftsbereiches mit Westeuropa stationiert hat und Westeuropa dem US-Imperialismus entreißen und unter seine Kontrolle bringen will.**

Der Kampf gegen den drohenden 3. Weltkrieg erfordert es, jeden Schacher mit den beiden Supermächten zu bekämpfen. Wir kämpfen für die Vertreibung aller ausländischen Truppen von deutschem Boden, für den Austritt der Bundesrepublik aus der Nato und der DDR aus dem Warschauer Pakt.

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

Die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg geht heute von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft aus, aber das bedeutet nicht, daß der Kampf gegen die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus vernachlässigt werden darf. Gerade in der letzten Zeit haben die westdeutschen Imperialisten offen ihre Großmachtansprüche angemeldet. Der westdeutsche Imperialismus hat sein revanchistisches Ziel der militärischen Rückeroberung der DDR nicht aufgegeben, er kämpft im Windschatten des US-Imperialismus um die Vorherrschaft in der sogenannten Europäischen Gemeinschaft und er stellt für die Völker Europas eine große Gefahr dar. **Wir bekämpfen den Revanchismus des westdeutschen Imperialismus und fordern die volle Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR. Wir bekämpfen ebenso alle Versuche des westdeutschen Imperialismus, über andere Länder Hegemonie zu erlangen.**

Fieberhaft rüstet der westdeutsche Imperialismus auf. Die modernen Revisionisten geben vor, gegen den Militarismus zu kämpfen. Sie fordern demagogisch „Senkung der Rüstungsausgaben“, „Demokratisierung der Armee“. Sie kämpfen nicht gegen den Militarismus, gegen die imperialistische Armee, sondern sie möchten es nur „billiger“ und mit mehr „Mitbestimmung“. Dieser sogenannte antimilitaristische Kampf soll in Wirklichkeit nur verhindern, daß die werktätigen Massen erkennen, daß die ständig gesteigerte Aufrüstung, die wachsende Rüstungsproduktion, das Anwachsen militaristischer Propaganda in den Schulen usw. nicht willkürliche Maßnahmen der Regierung sind, die sie nach Belieben wieder zurückschraubt, sondern daß diese Entwicklung sich notwendig aus dem Wesen des Imperialismus ergibt, der stets mit dem imperialistischen Krieg schwanger geht.

Es ist besonders die Aufgabe der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei, die Jugend in dem Kampf gegen den Militarismus und gegen die imperialistische Armee zu führen. Wir müssen dabei entschieden die pazifistischen Parolen der modernen Revisionisten bekämpfen, die die antimilitaristische Jugend auffordern, den Wehrdienst zu verweigern, um einerseits die imperialistische Armee von konsequenten Antimilitaristen freizuhalten und um die Ideologie der Gewaltlosigkeit in der Jugend zu verbreiten, um sie vom gewaltsamen Sturz des Imperialismus abzuhalten.

Die Rote Garde ruft die wehrpflichtige Jugend auf, den Kampf gegen die imperialistische Bundeswehr in der Bundeswehr zu führen. Wir arbeiten in der Bundeswehr mit dem Ziel, die einfachen Soldaten, die in ihrer Mehrheit Arbeiter und Bauern sind, für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Im harten Kampf gegen die pazifistischen Losungen des modernen Revisionismus erklären wir, daß innerhalb der Bundeswehr auch alle Möglichkeiten ausgenützt werden müssen, sich mit dem Umgang mit den Waffen vertraut zu machen. In der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage heißt es: **„Durch Forderung nach ‚Abrüstung‘ und durch ‚Pazifismus‘ werden die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen weder den Militarismus beseitigen noch ihre eigene Freiheit erkämpfen. Das Proletariat muß daher seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben. Das ist eine Grundvoraussetzung für die sozialistische Revolution und die Verwandlung eines etwaigen imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Deshalb strebt die KPD/ML die allgemeine Volksbewaffnung an.“** Der größte Beitrag, den die Arbeiterklasse und die Werktätigen unseres Landes im Kampf gegen den imperialistischen Krieg leisten können, ist der Sieg der sozialistischen Revolution in unserem Land. Ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland wäre ein schwerer Schlag gegen die beiden Supermächte und für den Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt äußerst günstig.

Wir müssen – eingereiht in die weltweite antiimperialistische Front besonders gegen die beiden Supermächte, an der Seite der sozialistischen Länder, der VR China und der VR Albanien – alles tun, um den Ausbruch eines 3. imperialistischen Weltkrieges zu verhindern. Aber wir müssen uns gleichzeitig darauf vorbereiten, den imperialistischen Krieg, wenn sein Ausbruch nicht zu verhindern ist, mit dem revolutionären Krieg zu beantworten: **„Der Krieg, dieser Moloch, der die Menschen sich gegenseitig abschlachten läßt, wird mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft letzten Endes aus der Welt geschafft werden, und zwar in nicht allzu ferner Zukunft. Es gibt aber nur ein Mittel zur Abschaffung der Kriege: Man muß den Krieg mit dem Krieg bekämpfen, dem konterrevolutionären Krieg den revolutionären Krieg (. . .) entgegensetzen. (. . .) Von dem Zeitpunkt an, da die menschliche Gesellschaft in ihrer fortschreitenden Entwicklung zur Aufhebung der Klassen und des Staates gelangt, wird es auch keinerlei Kriege mehr geben, weder konterrevolutionäre noch revolutionäre, weder ungerechte noch gerechte, und für die Menschheit wird dann das Zeitalter des ewigen Friedens beginnen. Wenn wir die Gesetze des revolutionären Krieges studieren, so gehen wir von dem Bestreben aus, alle Kriege abzuschaffen, und das ist die Trennungslinie, die uns Kommunisten von allen Ausbeuterklassen scheidet.“** (Mao Tsetung).

Zum Spiegel-Interview der 'RAF'

Antikommunismus und Massenverachtung

Die KPD/ML hat den Kampf der Gefangenen der „RAF" gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft konsequent unterstützt, weil dieser Kampf gegen die Faschisierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates gerecht ist. Aber sie hat auch zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, daß sie die falschen Auffassungen und antimarxistischen Tendenzen der „RAF" im Kampf gegen den Imperialismus zurückweist und ideologisch bekämpft. Im folgenden werden wir eingehen auf die Stellungnahme von „RAF"-Mitgliedern, die sie auf Fragen der Zeitschrift „Spiegel" zur Einschätzung der Lage und des Kampfes in Westdeutschland gegeben haben.

In ihrer Stellungnahme suchen die „RAF"-Mitglieder ihr Konzept von der „Stadtguerilla" als Kampf- und Organisationsform in den imperialistischen Ländern zu rechtfertigen. Grundlage ihres Konzeptes, sagen sie, sei, daß sich der Imperialismus seit Lenin gewandelt habe. Das Kapital sei heute multinational organisiert, seine Unterdrückung sei „transnational". Daher sei heute eine internationale Strategie und Taktik notwendig, die als Ausgangspunkt den Kampf der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus habe und den Revolutionären in den imperialistischen Ländern militärische Einzelaktionen von Guerillagruppen gegen einzelne Behörden und Einrichtungen des Imperialismus vorschreibe, um den Kampf der Länder der Dritten Welt zu unterstützen.

Diese „neue" Imperialismusanalyse der „RAF" ist im Kern antimarxistisch. Es ist nicht erst heute so, daß die imperialistischen Monopole multinational organisiert sind.

Was die „RAF" aber im Gegensatz zu Lenin „neu" feststellt, ist, daß der Imperialismus einheitlich und geschlossen sei. Die „RAF"-Genossen leugnen den heftigen Kampf der imperialistischen Monopolgruppen, sie schweigen sich aus über den ständigen Kampf der imperialistischen Länder um die Vorherrschaft in der Welt.

So beharrt die „RAF" z. B. darauf, daß es keine Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und dem westdeutschen Imperialismus gäbe, sondern „daß die Bundesrepublik Teil des Staatensystems des US-Imperialismus ist". Wie die „RAF" in diesem Punkt den Imperialismus als monolithischen Block hinstellt, so leugnet sie vor allem auch das heftige Ringen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um die Vorherrschaft in der Welt. **Man muß sich das vor Augen führen: während beide Supermächte ihr Wettrüsten ständig steigern, an immer mehr Brennpunkten aneinandergeraten, während von dieser Rivalität um die Vorherrschaft die Hauptkriegsgefahr ausgeht, kann die „RAF" nur einen einigen imperialistischen Block feststellen.** Es ist die alte Theorie Kautskys vom friedlichen Ultraimperialismus, die hier von der „RAF" zu neuem Leben erweckt wird. Lenin geißelte bereits diese Theorie als den „reaktionären Versuch eines erschrockenen Kleinbürgers, sich über die grausame Wirklichkeit hinwegzusetzen."

Praktisch bedeutet das Leugnen der Rivalität beider Supermächte eine Beschönigung des Imperialismus. Gerade die „RAF", die behauptet, den Kampf der Völker der Dritten Welt besonders hochzuhalten, entlarvt in Wahrheit nicht einmal die gefährlichsten Feinde dieser Völker. Sie verschweigt, daß die ehemals sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins heute zu einer sozialimperialistischen Supermacht entartet ist, die nach innen faschistische Unterdrückung und nach außen aggressive Vorherrschaftspolitik betreibt. **In diesem Punkt Konzessionen an den Revisionismus zu machen, heißt, die Bestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus zu begünstigen, heißt sich dem Kampf der Völker der Dritten Welt, der sich gegen beide Supermächte richtet, in den Weg zu stellen. Heißt vor allem aber auch unser Volk nicht gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges in Europa zu rüsten.**

Ebenso ist es grundlegend falsch, den nationalen Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt zum Ausgangspunkt aller strategischen und taktischen Überlegungen des Kampfes zu machen.

Natürlich verlangt der proletarische Internationalismus, daß die Interessen des proletarischen Kampfes in jedem einzelnen Lande den Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstab untergeordnet werden. Dabei ist es, wie es in den Aufnahmebedingungen der Komintern bereits hieß, insbesondere die Pflicht der Kommunisten in den imperialistischen Ländern, ***„die Machinationen ‚ihrer' Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht in Worten, sondern in Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und in der Armee ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu betreiben".***

Die beste Unterstützung jedoch, die wir den um ihre Befreiung kämpfenden Nationen gewähren können, ist der Kampf zum Sturz des Imperialismus in unserem Lande, der Sturz des westdeutschen Imperialismus, sowie die Verjagung der Truppen der beiden Supermächte aus Deutschland, ist der konsequente Kampf für die proletarische Revolution für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Entscheidend für Strategie und Taktik der Revolution in Westdeutschland sind die inneren Widersprüche in unserem Land sowie die besonderen Kampfbedingungen unseres Landes.

Die „RAF" jedoch bestreitet jeden nationalen Rahmen des Kampfes, jede nationale Besonderheit des Kampfes. Wozu das führt, zeigt das folgende Beispiel: Unser Volk mit der Arbeiterklasse an der Spitze kämpft für die Einheit der Nation gegen den Imperialismus. Es will weder die Einheit unter diesem noch unter jenem Imperialisten, sondern eine vereinte, sozialistische Nation. Die „RAF" aber stellt dagegen fest: „daß nationale Identität in den Metropolen (gemeint sind die imperialistischen Länder) nur reaktionär möglich ist, als Identifikation mit dem Imperialismus". Das heißt nichts anderes, als daß der gerechte und revolutionäre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland als reaktionär beschimpft wird, die Spaltung unserer Nation durch die Imperialisten akzeptiert und damit Zugeständnisse an den Imperialismus gemacht werden. **So entlarvt sich das scheinbar radikale Eintreten für den Kampf der Länder der Dritten Welt in Wahrheit als Begünstigung des Imperialismus.**

Es ist nicht anders in der Frage des bewaffneten Kampfes selbst. Auch in dieser Frage gehen die „RAF"-Genossen nicht von den gegenwärtigen objektiven und subjektiven Bedingungen der Revolution in Westdeutschland aus, sondern verabsolutieren die Situation in anderen Ländern, wo der Kampf bereits fortgeschritten ist. In ihrer Stellungnahme rechtfertigen die „RAF"-Genossen ihre militärischen Einzelaktionen: „Es ist dümmlich, uns beim Stand der gegenwärtigen Kämpfe in Asien, Lateinamerika, Afrika, in Vietnam, Chile, Uruguay, Argentinien, Palästina mit dem Begriff wie ‚Alleingang' zu kommen."

Richtig ist, daß der Imperialismus nicht friedlich geschlagen werden kann, daß der bewaffnete Kampf notwendig ist. Aber wir sind der Meinung, daß in Westdeutschland heute nicht der Zeitpunkt des bewaffneten Aufstandes herangereift ist. **Wir lassen uns von dem Grundsatz der Komintern leiten, daß die Haltung der Partei zu allen Arten des Aufstandes dadurch bestimmt sein muß, ob an ihnen Massen beteiligt sind oder nicht.** Und genau das ist im Gegensatz zum Stand der Kämpfe in Vietnam, Uruguay, Palästina usw. in Westdeutschland heute nicht der Fall. Wenn die „RAF" dennoch den bewaffneten Kampf als Generallinie und Taktik des revolutionären Kampfes zum jetzigen Zeitpunkt ausgibt, so ist das kein Zeichen besonders revolutionärer Entschlossenheit, wie sie das hinstellt, sondern offenbart die massenfeindliche, kleinbürgerliche Linie des Abenteurertums, der Putschismus. **Eben das ist auch die Grundlage der Theorie von der „Stadtguerilla" überhaupt: An die Stelle des revolutionären Kampfes der Massen, den bewaffneten Kampf einiger Helden zu setzen. Diese Taktik des von den Massen isolierten Kampfes stärkt in Wahrheit nicht die Revolution, sondern schwächt und zersplittert die revolutionären Kräfte und kann bei entsprechendem Einfluß unter den Massen dazu führen, daß bei einer Zuspitzung der Klassenwidersprüche die Massen in blutige Abenteuer, in sinnlose Niederlagen geführt werden. Das bedeutet eine Stärkung der Bourgeoisie.**

Diese Linie des Abenteurertums, des Putschismus wächst auf dem gleichen Boden wie die Linie der Rechtsopportunisten: auf dem mangelnden Vertrauen in die Massen, auf der Leugnung der Hegemonie des Proletariats.

Durch die gesamte Stellungnahme der „RAF" zieht sich die Auffassung, das deutsche Proletariat sei durch und durch von der bürgerlichen Ideologie durchdrungen, mehr noch: es sei reaktionär mobilisiert von der Bourgeoisie. Seit der Revolution von 1918/19, behauptet die „RAF", habe die deutsche Arbeiterklasse „keine revolutionäre Energie" und keine „Klassenidentität" entwickelt. Die „RAF" verleugnet damit offen die revolutionäre Kampftradition des deutschen Proletariats, leugnet den Hamburger Aufstand 1923, verleugnet den revolutionären antifaschistischen Kampf, sowie den Kampf von Millionen Werktätigen nach der Niederlage des Hitlerfaschismus gegen das Widererstarken des deutschen Imperialismus im Westen. All das, um schließlich zu dem Schluß gelangen zu können: „Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische oder republikanische Traditionen." **Es ist der unverhohlene Versuch der „RAF", dem Proletariat die führende Rolle in der Revolution abzusprechen, um sich selbst, eine kleine Gruppe von Kleinbürgern zum „revolutionären Subjekt", zum Führer im Kampf gegen den Imperialismus zu ernennen.**

Dabei machen sie auch nicht halt davor, die Vorhut des Proletariats, seine kommunistische Partei zu verleumden, um sich selbst in ihrer Borniertheit zur „politisch-militärischen Avantgarde" des Volkes zu erklären. So wagen es diese kleinbürgerlichen Abenteurer, die Dritte Internationale Lenins sowie die KPD Ernst Thälmanns des Verrats zu bezichtigen: ausgerechnet die Dritte Internationale soll die an der proletarischen Revolution orientierte Politik verhindert haben.

Für die „RAF" ist alles, was nicht bedingungslos den bewaffneten Kampf zur strategischen und taktischen Generallinie zu jedem Zeitpunkt erklärt, „legale Linke". Ob es sich um die revolutionäre KPD oder die Dritte Internationale, um fortschrittliche Liberale, reaktionäre Bonzen des DGB-Apparates und Sozialdemokraten und Revisionisten oder auch die heutige marxistisch-leninistische Partei des Proletariats, die KPD/ML handelt – für die „RAF" ist das die „legale Linke". **Das bedeutet, daß sie gerade den Trennungsstrich zwischen Reformismus und Revisionismus einerseits und dem Marxismus-Leninismus andererseits, zwischen revisionistischer Verräterpartei und kommunistischer Vorhutpartei des Proletariats verwischen. Sie selbst begünstigen dadurch den Klassenverrat des Revisionismus.** Und wo sie tatsächlich Kritik am revisionistischen Verrat üben, tun sie das von einer falschen Grundlage aus, die in sich bereits versöhnlerisch ist: So kritisieren sie am sozialfaschistischen Revisionistenregime in der DDR lediglich, sie habe „kommunistische Politik nicht als Befreiungskampf vermittelt". **Kein Wort davon, daß die Honeckerclique ein Feind des Kommunismus, ein neuer Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiterklasse in der DDR ist. Ja sie benutzen geradewegs den revisionistischen Verrat,** um zu rechtfertigen, daß sie den **Marxismus-Leninismus ersetzen durch ihre prinzipiell und methodologisch falschen Grundlagen, mit denen sie unter den Massen Verwirrung anstiften und sie vom Weg des revolutionären Klassenkampfes, vom Weg der proletarischen Revolution ablenken.** Es ist eben gerade die Versöhnung mit dem Revisionismus, die der Bourgeoisie hilft, ihre Herrschaft zu festigen.

Mag der Kampf der „RAF" noch so ehrlich gemeint sein, wenn diese Genossen auch mit großem Opfermut gegen die Herrschaft des Imperialismus kämpfen – sie erreichen objektiv das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollen. Ihr Kampf ist notwendigerweise zum Scheitern verurteilt – er ist bereits gescheitert.

Isoliert von der Arbeiterklasse, ist die „RAF" von der Bourgeoisie zerschlagen worden. Unterstützung aufgrund ihrer Politik erhält die „RAF" heute lediglich von einigen Kräften des liberalen Bürgertums. Auch wenn die Genossen mit großem Opfermut in den Gefängnissen kämpfen, revolutionär kämpfen – die Erfolge, die außerhalb der Gefängnisse erzielt werden im Kampf gegen die Isolationsfolter und Vernichtungshaft, im Kampf gegen die Faschisierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates, sind keine Erfolge der „RAF" und ihrer kleinbürgerlich revolutionaristischen Politik, sondern Erfolge der Solidaritätsbemühungen der Marxisten-Leninisten.

Daß die „RAF" scheitern mußte, liegt darin begründet, daß nicht einige Helden die Geschichte machen, sondern der Kampf der Massen die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt. Der Imperialismus kann nur dann gestürzt werden, wenn die Massen dazu bereit sind, wenn durch geduldige Aufklärungsarbeit und entschlossenen Kampf gegen den Revisionismus alle opportunistischen Strömungen, die das Proletariat vom siegreichen Kampf für seine Befreiung abhalten wollen, besiegt sind. Dazu aber bedarf es einer revolutionären, wissenschaftlichen Theorie, des Marxismus-Leninismus. Und dazu bedarf es einer Kommunistischen Partei, einer bolschewistischen Kampfpartei, die diese Linie des Marxismus-Leninismus strikt befolgt und sich dabei aufs engste mit den Massen des Proletariats verbindet. Diese Partei ist in Westdeutschland die KPD/ML. In ihr sich zu vereinigen, ist die Aufgabe aller wahrhaften Marxisten-Leninisten, all derjenigen, die wirklich unversöhnlich und entschlossen gegen den Imperialismus, für die Sache des Proletariats kämpfen wollen. Das gilt auch für die ehrlichen Genossen der gescheiterten „RAF".

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!
VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Gesinnungsurteil gegen 7 Genossen

Zeugen sahen nichts-Gericht: 6 300 DM

Am Montag, den 2. 1. 75 standen in München 7 Kommunisten vor Gericht. Sie hatten alle einen Strafbefehl über 900 DM erhalten, weil sie bei einer Kundgebung der KPD/ML über den faschistischen Überfall der Polizei auf die Zuschauer im Prozeß gegen die Genossen Sascha, Bernd und Hubert im letzten Jahr Flugblätter verteilt haben sollen. Bei dieser angemeldeten und erlaubten Kundgebung waren die Genossen plötzlich von der Polizei überfallen und festgenommen worden.

In ihren Erklärungen vor Gericht widerlegten die Genossen, daß es eine „Beleidigung" sei, wenn in dem Flugblatt gestanden habe, daß die Methoden der Polizei beim Prozeß gegen Sascha und die anderen Genossen „nur noch an das faschistische Regime Hitlers" erinnerten. Dies, wie auch die Feststellung, daß gegen Genossen Sascha ein „Henkersurteil" gefällt werden soll, sei nichts als die Wahrheit, erklärten sie.

Nach diesen Erklärungen meinten Staatsanwalt und Gericht, eine Zeugenvernehmung sei überflüssig, weil durch die Erklärungen der „Tatbestand" hinreichend nachgeweisen sei. Mehrere Beweisanträge der Genossen zur Ladung von Zeugen wurden abgelehnt. **Erst ein Befangenheitsantrag gegen den Richter brachte ihn dazu, doch noch Zeugen zu laden.**

Offensichtlich wollte der Richter vor den vielen Zuschauern, von denen die meisten Freunde und Bekannte und Verwandte der Angeklagten waren, seine „demokratische" Maske nicht zu schnell verlieren. **Aber gerade die Zeugenvernehmung brachte den Charakter dieses Gerichts noch klarer an den Tag. Denn keiner der acht Polizeizeugen konnte aussagen, daß einer der Angeklagten das Flugblatt verteilt habe.**

Obwohl so völlig eindeutig die Anklage zusammengebrochen war, beantragte der Staatsanwalt die Bestätigung der Strafe über insgesamt 6 300 DM mit der Begründung: „Die Angeklagten erklärten sich mit dem Inhalt des Flugblattes solidarisch, erschwerend kommt hinzu, daß sie dieses gemeinsam taten und somit in Tatmehrheit handelten." **Was auf gut Deutsch heißt: sie sollen verurteilt werden wegen ihrer Gesinnung und wegen ihrer Solidarität!**

Der Richter entsprach diesem Antrag und begann in seiner Urteilsbegründung noch zu behaupten, die Genossen mit ihrem simplen Verstand hätten Marx überhaupt nicht verstanden, bei Marx sei das alles viel komplizierter. Die Genossen hörten sich aber diese Tiraden gegen den Marxismus-Leninismus nicht weiter an, sondern verließen unter dem Singen der Internationale zusammen mit allen Zuschauern den Gerichtssaal.

Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!

'RAF'-Gefangene im Durststreik

Seit die „RAF"-Gefangenen im Herbst ihren Hungerstreik gegen die Isolationsfolter begannen, hat sich nicht nur bei uns in der Bundesrepublik und in Westberlin, sondern auch im Ausland eine breite Front der Solidarität gegen diese moderne Art der Folter im Gefängnis gebildet.

Die Bourgeoisie hat darauf einerseits mit Lügen reagiert: es gebe in der Bundesrepublik keine politischen Gefangenen und schon gar keine Folter an politischen Gefangenen und andererseits eine offene Progromhetze gegen die politischen Gefangenen betrieben und alle mit Hilfe der Klassenjustiz verfolgt, die ihre Foltermethoden entlarvt haben.

An der Isolationsfolter gegenüber den politischen Gefangenen aber hat sich in diesen Monaten nichts geändert. Aus diesem Grund sind die politischen Gefangenen am Sonntag, den 2. 2. 75 in den Durststreik getreten. Die politischen Gefangenen werden, wie von ihnen angekündigt wurde, diesen Durststreik erst abbrechen, wenn ihre Forderung nach Aufhebung der Isolation erfüllt wird.

Angesichts des schlechten Gesundheitszustandes – mehrere der politischen Gefangenen schweben in akuter Lebensgefahr – werden mit Sicherheit weitere Tote auf das Konto der Bourgeoisie gehen, wenn sie nicht in Kürze die Forderungen der politischen Gefangenen erfüllt und für alle von ihnen Haftbedingungen schafft, wie sie z. B. für die politischen Gefangenen in Westberlin bestehen, die nicht isoliert sind!

Daß die Bourgeoisie vor solchen weiteren Morden nicht zurückschreckt, zeigt z. B. der Fall Ulrich Luther. Ulrich Luther hatte seinen Hungerstreik abgebrochen, weil er sehr krank war. Seine Krankheit, die ihre Ursache in seiner langen Isolation hat (Kreislaufstörungen, Herzverkrampfungen, Herzstockungen usw.) verschlechterte sich weiter. Trotzdem hat sich die Bourgeoisie bis heute geweigert, ihn von einem Arzt seines Vertrauens untersuchen zu lassen. Eine diesbezügliche Beschwerde seiner Rechtsanwälte wurde noch nicht einmal beantwortet. Auf diese Weise, indem die Bourgeoisie lebensgefährlich kranken Gefangenen effektive ärztliche Behandlung untersagt und stattdessen lediglich ihren weiteren gesundheitlichen Verfall registriert, wurde bereits Katharina Hammerschmidt so schwer krebskrank, daß nach ihrer schließlichen Haftentlassung keine Aussicht auf Heilung mehr besteht.

Diese und andere Beispiele zeigen, daß alle fortschrittlichen Menschen die politischen Gefangenen in ihrem Kampf gegen Isolationsfolter unterstützen und mit ihrer Solidarität versuchen müssen, einen weiteren Mord zu verhindern.

Gießen:

Kampf gegen Propaganda für Suharto-Regime

Ende Januar sollte in Gießen ein sogenannter indonesischer „Kulturabend" stattfinden, den der faschistische indonesische Studentenverband PPI unter Schirmherrschaft des Universitätspräsidenten organisiert hatte, um das faschistische Suharto-Regime zu verherrlichen.

Gegen diese Propagandaschau rief der KSB/ML zusammen mit 6 anderen Organisationen zum Kampf auf. In einem Flugblatt wurde gezeigt, daß an diesem Abend mit exotischen Tänzen und anderer „Folklore" von der Not und der Unterdrückung des Volkes abgelenkt werden sollte. Der KSB/ML zeigte zudem in einer Wandzeitung, wie die sowjetischen Sozialimperialisten in Indonesien Einfluß zu gewinnen versuchen und propagierte den Befreiungskampf des indonesischen Volkes, der unter Führung der KPI in einigen Gebieten bereits bewaffnet geführt wird.

Dem Aufruf, diese faschistische Schau zu nichte zu machen, folgten rund 150 Studenten. Obwohl vorher angekündigt worden war, der Eintritt sei frei, kam dann doch niemand herein, der nicht eine der unter der Hand ausgegebenen Einladungskarten vorweisen konnte. Die Kontrolle über die Besucher übernahmen der Universitätspräsident und andere Reaktionäre im Schutz einer faschistischen Schlägertruppe. Es gelang den Demonstranten aber schließlich, trotz des brutalen Widerstandes des Saalschutzes, die Ordnerketten zu sprengen.

Als die Ordner sich daraufhin direkt vor dem Saal neu formierten, zog plötzlich einer von ihnen, der direkt neben dem Universitätspräsidenten stand, sein Messer gegen die Studenten, das er allerdings dann doch nicht einzusetzen wagte. Die Demonstranten konnten jedoch auch diese zweite Kette durchbrechen und entlarvten anschließend während der Vorführungen in Sprechchören den Charakter dieser Veranstaltung.

Als sie sich nach einiger Zeit zurückziehen wollten, nutzten die Faschisten die so entstandene Trennung der Demonstranten von den anderen Zuschauern und fielen brutal über sie her. Während sie mit Schlagringen, eisernen Aschenbecherständern und Koppeln auf die Studenten einschlugen, feuerte der Universitätspräsident, der vorher bereits die Zwischenrufer aufgeschrieben hatte und sie von Photographen aufnehmen ließ, mit antikommunistischen Reden die Schläger an.

Die Entrüstung über diese Veranstaltung und das faschistische Vorgehen von Universitätsgrößen und indonesischen Reaktionären ging über die Universität hinaus. So berichtete ein Genosse, der im Betrieb von der Veranstaltung erzählt hatte, daß seine Kollegen sehr empört gewesen waren.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Bochum

In Bochum wurde erneut ein Verfahren gegen einen faschistischen Massenmörder eingestellt. Das Schwurgericht in Bochum erklärte, Wilhelm Niedzolka, der als ehemaliger NS-Feldwebel jüdische Kinder durch Genickschüsse ermordet hatte, sei eine Verhandlung nicht zumutbar, da dem „Angeklagten durch die Verhandlung gesundheitliche Schäden drohen."

München

Wenige Tage vor dem beginnenden Prozeß gegen ihn wurde Hanns Marzini, der aus Österreich kommt, in Abschiebehaft genommen. Hanns Marzini ist bereits seit Oktober in Untersuchungshaft. Das Gericht begründete das damit, daß die „innere Sicherheit der Bundesrepublik" und die „Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten" durch ihn gefährdet seien. Darüber hinaus droht das Gericht in diesem Beschluß allen Ausländern, „daß sie mit ihrer unverzüglichen Abschiebung zu rechnen haben, wenn sie sich wie Marzini verhalten."

Neckarelz

Das Antimilitaristische Komitee „Schlagwetter", Standort Neckarelz, fordert in einer Protestresolution Freispruch für die Angeklagten des Roten Antikriegstags! Sofort einen deutschen Paß für Sascha! Freispruch für Hanns Marzini und die anderen drei Antifaschisten!

München

Genosse Wilfried-Anton R. erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 200 DM, weil er im August des letzten Jahres mit anderen Genossen gegen die Aufführung des antichinesischen Hetzfilms „Die Chinesen in Paris" gekämpft hatte. Das Gericht bastelte für den Strafbefehl eine Anklage wegen „Nötigung", „Widerstand" und „Körperverletzung" von Polizeibeamten zusammen.

Lüdenscheid

Am 1. 6. 74 hatten die NPD und junge Nationaldemokraten in Lüdenscheid eine Demonstration veranstaltet. Die Faschisten riefen unter anderem: „Chile muß auch Deutschland sein – Hoch die internationale Solidarität!" Etwa 30 Jugendliche hatten Sprechchöre gegen diese offene Mordpropaganda gerufen, worauf Ordner der NPD einem von ihnen das Megaphon zu entreißen versuchten, ihn in die Demonstration zerrten und dort zusammenschlugen. Daraufhin kam die Polizei, die die Faschisten völlig ungeschoren ließ, auf die antifaschistischen Jugendlichen einschlug und 3 von ihnen festnahm. Sie erhielten jetzt eine Anklageschrift, in der ihnen u. a. „Gewalttätigkeit" vorgeworfen wird mit der Absicht, einen „nicht verbotenen Aufzug zu sprengen." Den angeschuldigten Antifaschisten haben sich inzwischen zahlreiche Belastungszeugen zur Verfügung gestellt.

Schweinfurt

Weil er angeblich den ROTEN MORGEN Nr. 26 und 27 verbreitet haben soll, erhielt Genosse Jürgen W. einen Strafbefehl über 300,– DM. In der gleichen Sache erhielt Genosse Klaus S. ebenfalls Strafbefehl über 300,– DM.

Dortmund

Einstimmig wurde auf dem Studententreff des KSB/ML Dortmund am 24. 1. 75 eine Resolution angenommen, in der am Schluß gefordert wird: Freispruch für die Angeklagten im Antikriegstagsprozeß! Freispruch für Hanns Marzini und die 3 anderen Antifaschisten! In der Resolution heißt es unter anderem: „Der 5. Angeklagte (im Antikriegstagsprozeß – RM) Genosse Sascha Haschemi, kann vor Gericht nicht erscheinen, da die westdeutschen Behörden ihm seit über einem Jahr einen deutschen Paß vorenthalten, der ihm sogar nach bürgerlichen Gesetzen zusteht. Hier wird kaltblütig ein Schreibtischmord geplant, Sascha soll den Henkern des blutigen Schahregimes ausgeliefert werden! ... Sascha, wir schicken Dir brüderliche Kampfesgrüße. Der ununterbrochene Kampf für Deine Einbürgerung ist die Sache eines jeden ehrlichen Revolutionärs in Westdeutschland! Sofort ein deutscher Paß für Sascha!"

Ludwigshafen

Am 27. 1. 75 sollte ein Prozeß gegen Genossen Gerd aus Ludwigshafen wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" stattfinden. Der Genosse hatte im letzten Jahr Flugblätter der KPD/ML verteilt, in denen der brutale Polizeimord am Genossen Günter Routhier angeprangert wurde. Am Prozeßtag war das Gerichtsgebäude von Polizei besetzt, bis auf einen schmalen Durchgang waren alle Eingänge vergittert worden. Polizisten im Gerichtsgebäude kontrollierten die Personalien von allen „Verdächtigen". Bei sämtlichen Prozessen an diesem Tag wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Prozeß gegen Genossen Gerd allerdings fand nicht statt. Ein Pappschild wies darauf hin: ... die Sache gegen Gerd E. fällt aus wegen Krankheit von zwei Zeugen." Schon im Prozeß gegen Gen. K. Klingemann war der Hauptbelastungszeuge plötzlich erkrankt, was natürlich erst im Prozeß mitgeteilt wurde. Dies ist nichts anderes als reine Verschleppungstaktik und zeigt die Schwäche der bürgerlichen Klassenjustiz. Unter diesen Bedingungen und dem Kampf, den die ROTE HILFE vorher geführt hat, ist es kein Wunder, daß der Richter stöhnt: „Hier soll eine Demonstration stattfinden und außerdem wurde mir angedront, daß ich auf die Anklagebank gesetzt werde", womit er offensichtlich Bezug auf die Zeitung der ROTEN HILFE, die drei Tage vorher verteilt worden war und in der es hieß: „... angeklagt ist die Bourgeoisie."

Oberhausen

Genosse Wilfried B. war von der Polizei heimtückisch überfallen und brutal zusammengeschlagen worden, als er vor Thyssen-Niederrhein-Oberhausen das Extrablatt des ROTEN MORGEN zur Beerdigung des Genossen Günter verteilt hatte. Der Genosse lag daraufhin mehrere Tage mit einer schweren Gehirnerschütterung im Krankenhaus, außerdem war ihm ein Finger gebrochen worden.

Die bürgerliche Klassenjustiz schickte ihm daraufhin einen Strafbefehl über 800,–DM wegen „Widerstand", „gefährlicher Körperverletzung" und „Beleidigung" der Polizisten. Am 28. 1. 75 fand der Prozeß statt, da Genosse Wilfried gegen diesen Strafbefehl, der auf faschistische Manier die Tatsachen auf den Kopf stellte, Einspruch erhoben hatte. Vor dem Prozeß hatte die Partei rund 50 Unterschriften für den Freispruch des Genossen gesammelt, auf einer Veranstaltung wurden fast 90,–DM gespendet. Zum Prozeß kamen dann rund 40 Freunde und Genossen. Diese große Solidarität machte den Richter von vornherein unsicher. Um so mehr, als Genosse Wilfried dann die Anklage Punkt für Punkt widerlegte und zeigte, daß hier ein politischer Gesinnungsprozeß geführt werden sollte.

Die Verteidigung hatte verschiedene Beweisanträge vorbereitet, in denen nachgewiesen wurde, daß nicht Wilfried die Polizisten angegriffen hatte, sondern im Gegenteil von ihnen heimtückisch überfallen und zusammengeschlagen worden war. Alle diese Anträge wurden abgelehnt.

Die Zeugen der Anklage widersprachen sich dann aufgrund der Fragen der Verteidigung derartig, daß das Gericht zwei Anklagepunkte fallenlassen mußte. So wollte zum Beispiel der Polizist, über den es im Strafbefehl geheißen hatte, Wilfried habe ihn in den Unterleib getreten, jetzt nichts mehr davon wissen, daß er Anzeige wegen Körperverletzung gestellt habe und erklärte, er sei überhaupt nicht getreten worden.

Genauso haltlos war die Aussage des Polizeiarztes, der behauptete, Genosse Wilfried sei „putzmunter" gewesen, während nur wenige Stunden später der Arzt im Krankenhaus die schweren Verletzungen des Genossen festgestellt hatte.

Nachdem durch den Kampf der Partei und des angeklagten Genossen die Anklage so zusammengebrochen war, sah sich das Gericht gezwungen, die Strafe auf 400,– DM herabzusetzen. Gerade aber durch den Erfolg, den die Partei errungen hatte, sahen viele Zuschauer noch klarer, daß dieses Gericht tatsächlich keine andere Aufgabe hatte, als ein Gesinnungsurteil zu fällen.

Spendet zur Unterstützung politisch Verfolgter

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Konto:
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.Nr. 321 004 547
Stichwort: „Solidarität".

Gegen den Roten Morgen

Strafbefehle über 10 000 DM

In den letzten zwei Wochen erhielten die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner erneut je drei Strafbefehle über insgesamt 10 000 DM wegen Artikeln, in denen der ROTE MORGEN zum Hungerstreik der politischen Gefangenen und zum Mord an Holger Meins Stellung genommen hat (RM Nr. 38, 39 und 46). Gleichzeitig wird die Einziehung der entsprechenden Nummern des ROTEN MORGEN und die Unbrauchbarmachung der zur Herstellung bestimmten Vorrichtungen angeordnet.

In zwei Fällen behauptet die bürgerliche Klassenjustiz, der ROTE MORGEN habe nachträglich „Verbrechen" gebilligt (Drenkmann, Bombenanschläge auf die US-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg) und in allen drei Fällen wird behauptet, der ROTE MORGEN habe die Bundesrepublik „verunglimpft" und „beleidigt", weil er festgestellt hat, daß die Bourgeoisie die Faschisierung des Staatsapparates vorantreibt, um die anwachsenden Klassenkämpfe zu unterdrükken, wobei sie wie bei Holger Meins auch vor einem politischen Mord nicht zurückschreckt.

Als Nachtrag zu allen sechs Strafbefehlen heißt es: „Die unterstrichenen Passagen (. . .) erfüllen den Tatbestand der Verunglimpfung und böswilligen Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung, wobei davon auszugehen ist, daß die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung auch dann Ziel der Angriffe sein sollen, wenn vom ‚imperialistischen Staat' bzw. ‚Imperialismus' oder der ‚Bourgeoisie' die Rede ist."

Was soll damit bezweckt werden? Als Kommunisten machen wir den Marxismus-Leninismus zur Grundlage unseres Handelns, wenden wir ihn konkret auf diesen Staat an und entlarven anhand von konkreten Beispielen sein ausbeuterisches, gewalttätiges, räuberisches und imperialistisches Wesen. Wegen dieser konkreten Angriffe auf die Bundesrepublik, die Polizei und die Justiz der kapitalistischen Klasse hat die Bourgeoisie dem Verleger des ROTEN MORGEN und dem verantwortlichen Redakteur allein im letzten halben Jahr an die 20 Strafbefehle ins Haus geschickt. Mit dieser neuerfundenen „Präzisierung" aber zielt die Bourgeoisie offensichtlich darauf ab, die Verbreitung des Marxismus-Leninismus noch schärfer zu unterdrücken und schließlich, wenn ihr das notwendig erscheint, auch allgemeine Aussagen des Marxismus-Leninismus zu verbieten wie: der bürgerliche Staat ist ein Gewaltorgan gegen die Ausgebeuteten usw. Damit beweist sich erneut, daß es der Bourgeoisie bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen nicht darum geht, wie sie selber behauptet, einzelne „Lügen" der KPD/ML zu bestrafen. **Sie will den Marxismus-Leninismus unterdrükken, seine Verbreitung unterbinden. Denn sie weiß genau, hat der Marxismus-Leninismus von den Massen Besitz ergriffen, ist er zur materiellen Gewalt geworden, dann bedeutet das ihren eigenen Untergang.**

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Im Dezember des letzten Jahres gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein:

Albanienveranstaltung Mannheim, 29. 11., 311,21 DM – Albanienveranstaltung Stuttgart, 6. 12., 280 DM – H. D. H., Wuppertal, 9. 12., 25 DM – R. D. H., Bönen, 9. 12., 25 DM – Albanienveranstaltung Frankfurt, 10. 12., 154 DM – K. S., Stuttgart, 11. 12., 36 DM – Sonntagstreff Westberlin/Wedding, 13. 12., 100 DM – Parteibüro Mannheim, 16. 12., 160 DM – R. D. H., Bönen, 17. 12., 40 DM – Arbeitertreff Hamburg-Barmbek, 19. 12., 50 DM – RM-Verkauf Düsseldorf, 19. 12., 30 DM – W. K., Essen, 23. 12., 15 DM – Kunden des Buchladens ROTER MORGEN, Westberlin, 30. 12., 165 DM – Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel, 31. 12., 88 DM – B. D., Wuppertal, 31. 12., 10 DM – Kunden des Buchladens ROTER MORGEN, Stuttgart, 31. 12., 100 DM.

Damit wurden insgesamt im Monat Dezember 1 659,71 DM für den ROTEN MORGEN gespendet. Die Gesamtspendensumme für das Jahr 1974 beträgt 15 081,41 DM.

Im Januar wurden für den ROTEN MORGEN gespendet:

Kunden des Buchladen ROTER MORGEN, Westberlin, 2. 1., 165 DM – Kunden des Thälmann-Buchladen, Kiel, 2. 1., 88 DM – F. S., Kempten, 3. 1., 156 DM – Versteigerung Silvester, Kempten, 3. 1., 236 DM – KSB/ML Kiel, 3. 1., 50 DM – Kunden des Buchladen ROTER MORGEN, Stuttgart, 3. 1., 100 DM – B. D., Wuppertal, 3. 1., 10 DM – Genossen aus Hamburg, 7. 1., 50 DM – R. J., München, 9. 1., 160 DM – Skatrunde Kassel, 11. 1., 35,60 DM – KSB/ML TFH, Westberlin, Sympathisanten, 13. 1., 900 DM – Sylvesterfeier in Bremen, 13. 1., 60 DM – D. H., Gävle, Schweden, 14. 1., 50 DM – B. D., Wuppertal, 14. 1., 15 DM – L. T., Hamburg, 14. 1., 8 DM – W. K., Essen, 14. 1., 5 DM – Sympathisanten aus Kiel-Gaarden, 16. 1., 350 DM – H. G., Reutlingen, 16. 1., 300 DM – C. V., München, 16. 1., 5 DM – H. D., Kiel, 17. 1., 5 DM – Veranstaltung zum 6. Jahrestag, Westberlin-Wedding, 17. 1., 250 DM – RG-Freizeit, Böblingen, 20. 1., 272 DM – Haussammlung Radolfzell, 20. 1., 8 DM – Genossen aus Friedrichshafen, 20. 1., 12 DM – H. Sch., Dortmund, 20. 1., 15 DM – M. L., Werdohl, 21. 1., 10 DM – W. H., Hamburg, 21. 1., 20 DM – St., München, 21. 1., 40 DM – Feier zum 6. Jahrestag, Stuttgart, 24. 1., 412 DM – R.-D. H., Bönen, 24. 1., 50 DM – R. S., Marburg, 27. 1., 43,50 DM – Genossin aus Bielefeld, 29. 1., 5 DM – Arbeitertreff Hamburg-Barmbek, 28. 1., 48 DM – Versteigerung eines 1969er RMs auf Hochzeitsfeier in Hamburg, 28. 1., 1 092,50 DM – G. R., Leverkusen, 29. 1., 10 DM – China-Veranstaltung Hamburg, 29. 1., 500 DM – J. H., Föching, 29. 1., 10 DM – W. H., Dortmund, 29. 1., 1 201,25 DM – M. B., Olfen, 29. 1., 600 DM – Kunden des Buchladen ROTER MORGEN, Westberlin, 29. 1., 100 DM – Feier zum 6. Jahrestag Zelle Telefunken, Westberlin, 30. 1., 30 DM.

Insgesamt wurden damit im Januar 1975 6 516,35 DM für den ROTEN MORGEN gespendet.

SPENDET ZUR UNTERSTÜTZUNG DES ROTEN MORGEN!
Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466
Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393

Im Prozeß gegen 4 Demonstranten des Roten Antikriegstags 1972

Beweise aus Kriminalmuseum? Staatsanwalt: Theoretisch ja!

Am 28. 1. 75, genau ein Jahr nach der ersten Verhandlung, begann in München die Berufungsverhandlung gegen die Genossen Peter Bayer, Hubert Lehmann, Klaus Stahl und Bernd Reiser. Der Metallarbeiter Peter, der Bürokaufmann Hubert und die beiden Köche Klaus und Bernd waren vor einem Jahr zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil sie zusammen mit 6 000 anderen am 2. September 1972 bei der Olympiade gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatten.

Im gleichen Prozeß war damals der Rotgardist Sascha Haschemi zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Verfahren gegen Sascha wurde jetzt abgetrennt. Sascha ging damals am 7. 2. 74, noch während des Prozesses, in die Illegalität, weil die bürgerliche Klassenjustiz den Haftbefehl bereits ausgestellt hatte, um ihn, den gebürtigen Münchner, in den Iran abzuschieben.

Die Partei und die Rote Hilfe in München hatten vor dem Prozeß unter anderem mit einer Demonstration und einer Veranstaltung für die Solidarität mit den Angeklagten und vor allem mit Genossen Sascha gekämpft. Mit Erfolg, wie auch der Verlauf des Prozesses zeigte.

Am 28. 1. 75 verstellten Polizisten den Eingang zum Gerichtssaal. Jeder, der hineinwollte, mußte sich durchsuchen lassen. **Als die angeklagten Genossen sich weigerten, drohte das Gericht, sofort die seit 2 1/2 Jahren bestehenden Haftbefehle gegen die Genossen Peter und Hubert zu vollstrecken, gegen Bernd und Klaus neue Haftbefehle auszustellen und alle vier sofort ins Gefängnis zu bringen.**



Die vier angeklagten Genossen im Münchner Antikriegstagsprozeß

Von Anfang an war dann für jeden im Gerichtssaal klar, daß der Prozeß hier nicht gegen vier Einzelpersonen geführt wurde, sondern gegen vier Kommunisten, stellvertretend für die 6 000, die am 2. 9. 72 gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatten, stellvertretend für die KPD/ML, die sich damals dem Demonstrationsverbot in der Münchner Innenstadt nicht gebeugt, sondern das Recht auf die Straße erkämpft hatte.

Die Genossen gingen in ihren Erklärungen auf die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates ein und die Rolle, die die bürgerliche Klassenjustiz dabei spielt. Der vorsitzende Richter in diesem Prozeß hatte sich dabei, wie wir bereits im ROTEN MORGEN berichtet haben, auch persönlich hervorgetan, indem er auf einer Münchner Juristentagung offen dafür plädiert hatte, politische Angeklagte „fertigzumachen" und sogar politische Sondergerichte gefordert hatte.

Auch hier in diesem Prozeß zeigte sich, wie sehr die Bourgeoisie den Kampf der Partei gegen den imperialistischen Krieg fürchtet. Viermal unterbrach Richter Höfner Genossen Peter Bayer, der bewies, daß sich heute die Gefahr eines imperialistischen Krieges weiter verschärft und entzog ihm schließlich das Wort.

Die angeklagten Genossen prangerten dann an, daß die Bourgeoisie die Kommunisten, die konsequentesten Kämpfer gegen Imperialismus und Krieg, nicht nur mit Gefängnis bedroht, wie in ihrem Fall, sondern auch vor ihrer Ermordung nicht zurückschreckt, wie es sich bei unserem Genossen Günter Routhier gezeigt hat, wie der geplante Schreibtischmord an Sascha beweist.

Genosse Bernd begann anschließend, eine Solidaritätsresolution von seinen Kollegen im Betrieb zu diesem Prozeß vorzulesen, in der es sinngemäß hieß: wenn wir auch Deine Gesinnung nicht immer teilen, bist Du doch für uns, egal wie der Prozeß ausgeht, niemals ein Verbrecher. Der Richter unterbrach ihn gleich zu Anfang mit der Begründung: was seine Kollegen im Betrieb sagen würden, interessiert hier nicht. Kein Wunder, daß das Gericht so allergisch auf diese Solidaritätserklärung von sieben Kollegen reagiert. Es weiß genau, daß diese sieben für über 20 000 stehen, die einen deutschen Paß und Freispruch für Sascha gefordert haben. Das Gericht dagegen, das behauptet, im Namen des Volkes zu sprechen, konnte trotz mühseliger Sucharbeit neben seinen Polizeizeugen nur einen einzigen „Zeugen aus dem Volk" auftreiben, der sich zudem von Prozeß zu Prozeß lächerlicher machte.

Am zweiten Verhandlungstag stand auf Anweisung des Staatsanwaltes die in Antikriegstagsprozessen berüchtigte „Waffenkiste", die angeblich Helme und Stangen von Demonstranten enthalten soll, bereits im Saal. Die Verteidiger und die angeklagten Genossen protestierten dagegen, da diese Kiste nichts anderes beweist, als daß die Staatsanwaltschaft sich irgendwo Stangen und Helme beschafft hat. In diesem Zusammenhang konnte man hören, daß Staatsanwalt Sachse etwas von „Kriminalmuseum" murmelte. Auf Nachfragen der Verteidigung, ob diese Kiste aus dem Kriminalmuseum stamme, sagte er dann wütend: „Theoretisch ja!"

Das Gericht beschloß allerdings trotzdem, die Kiste in die Verhandlung einzuführen und erklärte, im übrigen sei das alles ja sowieso schon in der ersten Instanz drangewesen. Diese Begründung zeigt nicht nur, wie der Richter diese Berufungsverhandlung auffaßt, sondern war in Bezug auf den angeklagten Genossen Klaus schlicht gelogen. Die Verteidigung verlangte dann auch sofort, daß diese Lüge protokolliert wurde, worauf sich das Gericht widerwillig zur Beratung zurückzog.

In dieser Pause schickte das Gericht polizeilichen Erkennungsdienst und Polizei in den Saal. Die Öffentlichkeit wurde aus „erzieherischen Gründen" ausgeschlossen. Richter Höfner: „Wir sind doch nicht blöd, um zuzusehen, wie die Zuschauer ihnen Unterstützung geben!" Dieser Ausschluß der Öffentlichkeit war von vorneherein geplant. Das zeigt die Tatsache, daß derselbe Richter Höfner bereits vor Monaten erklärt hatte: „Bei solchen (politischen – RM) Prozessen ist die Geschicklichkeit des Vorsitzenden nicht entscheidend. Mürbe wird der Angeklagte erst, wenn er weiß, wir bleiben unter uns. (. . .) Um mit dem Angeklagten fertig zu werden, reicht in den meisten Fällen der Ausschluß der Öffentlichkeit aus."

Durch das besonnene Verhalten der Zuschauer gelang es der Polizei jedoch nicht, jemanden festzunehmen. Es vergingen keine fünf Minuten, als Staatsanwalt Wahl, bekannt als Kommunistenjäger, angelaufen kam und die Polizisten anschrie: „Warum habt ihr denn nicht photographiert?" Von diesem Zeitpunkt an stand an Stelle der Gerichtspolizei schwerbewaffnete Einsatzpolizei vor dem Eingang. Die Durchsuchungen der Angeklagten wurden verschärft.

Nach Wiederbeginn der Verhandlung stellten die Verteidiger einen Antrag auf Befangenheit des Richters, weil der Richter die Protokollierung seiner unwahren Behauptungen abgelehnt hatte. Dieser Antrag wurde als „prozeßverschleppend" abgelehnt, weil die Verteidiger „offen von falschen Tatsachen ausgehen würden". Mit anderen Worten: der Richter lügt, die Verteidiger wollen seine Lüge protokollieren lassen. Der Richter lehnt nicht nur das, sondern auch einen darauffolgenden Befangenheitsantrag ab, weil die Verteidiger (!) lügen. Offener kann man die Tatsachen nicht auf den Kopf stellen!

Die Polizeizeugen sind für ihre Methoden bekannt. So weiß man von Polizeizeugen Müller, daß er mit Hilfe von einem Gesellenbrief Demonstranten „beweist", daß er Arbeiter ist, um so Informationen aus ihnen herauszulocken. Alle Polizeizeugen erhielten immer wieder Beistand durch den Richter oder durch den Staatsanwalt. Der Richter las den Zeugen Aussagen aus der letzten Verhandlung vor, der Staatsanwalt sprang immer wieder ein mit: „Dürfen diese polizeitaktischen Aussagen überhaupt gemacht werden?"

Der Wert dieser Polizeizeugen ist einfach darzustellen: Auf die Frage: Waren die Helme rot oder blau? – die Antwort: bunt. Auf die Frage: War es dunkel oder hell? – die Antwort: dämmrig. Auf die Frage: Waren es 40 Personen? – die Antwort: ca. 40 oder mehr.

Dann wurden Bilder eingeführt, auf denen Demonstranten vom Roten Antikriegstag zu sehen sind. In der ersten Instanz sollten die Polizeizeugen mit Pfeilen und Kreuzen kenntlich machen, wer vielleicht Ähnlichkeit mit den angeklagten Genossen habe. Genosse Bernd widersetzte sich einer Wiederholung dieser „Beweisführung", weil weder die Herkunft der Photos noch der Photograph bekannt sind. Noch während er sprach, erhob sich das Gericht und erklärte: „Ihre Erklärung können Sie nachher abgeben." Das bedeutete, daß Bernd erst dann reden sollte, nachdem das Gericht seinen Beschluß bereits gefaßt hatte.

Bisher wurden zwei Anträge auf Befangenheit des Gerichts gestellt. Beide wurden abgelehnt. Einmal mit dem Zusatz des Staatsanwalts: der Antrag sei frivol und standeswidrig, was eine offene Drohung an die Verteidiger ist.

Am dritten Verhandlungstag hatte das Gericht die Haftbefehle gegen die Genossen Peter und Hubert auf Antrag der Verteidigung aufgehoben. Das ist ein eindeutiger Erfolg des Kampfes der Partei und der Roten Hilfe. Aber gleichzeitig darf man sich keine Illusionen machen. Wenn Angeklagte nach dem Jugendstrafgesetz behandelt werden, wie in diesem Fall, dann besteht keine Möglichkeit zur Revision. Dann ist das Urteil sofort rechtskräftig und nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlung muß damit gerechnet werden, daß das Gericht die sofortige Vollstreckung der Strafe anordnet mit der Begründung, die Angeklagten könnten sich sonst der Strafe entziehen. Die Partei und die Rote Hilfe werden deshalb ihren Kampf für den Freispruch der Genossen verstärken.

Während drei von vier Verhandlungstagen war die Öffentlichkeit im Gericht ausgeschlossen. Aber durch die angeklagten Genossen, die Partei, die Rote Garde und die Rote Hilfe besteht sie trotzdem weiter. Es wurden Informationsstände, Hausbesuche und Briefkastenaktionen durchgeführt; Flugblätter verteilt, der ROTE MORGEN und die ROTE HILFE verkauft. Am Abend des vorletzten Verhandlungstages fand ein Stammtisch statt, an dem ca. 35 Personen teilnahmen und 116 DM gesammelt wurden. Zum Stammtisch der Zelle Schlachthof/Au kamen mehrere Teilnehmer zum ersten Mal. Überall wurden Plakate geklebt und Parolen gemalt. **So wurde der Prozeß trotz des Ausschlusses der Öffentlichkeit zu einer Tribüne des Klassenkampfes.**

„Ein besonderer Dank", schreiben uns die angeklagten Genossen, „gebührt den vielen Genossen, die sich Urlaub oder frei genommen haben, die aus vielen Städten nach München gekommen sind, um den Prozeß zum Bumerang für die Bourgeoisie werden zu lassen."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

1.Konferenz der marxistischen-leninistischen Parteien und Organisationen Nordeuropas

Die erste gemeinsame Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen Nordeuropas, die zu Jahresbeginn abgehalten wurde, nahm einmütig eine Erklärung über die Lage in Nordeuropa und eine Erklärung gegen den Revisionismus an. An der Konferenz beteiligten sich: die Kommunistische Liga (Marxisten-Leninisten) Dänemarks, die marxistisch-leninistische Gruppe Finnlands, die marxistisch-leninistische Organisation der Faröer, die Kommunistische Liga Islands, die Kommunistische Arbeiterpartei (Marxisten-Leninisten) Norwegens und die Kommunistische Partei Schwedens. Im folgenden veröffentlichen wir eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der gemeinsamen Erklärung.

In der gemeinsamen Erklärung wird betont, daß die nordeuropäischen Länder den wachsenden Drohungen der Supermächte, der USA und der Sowjetunion, ausgesetzt sind. Sie liegen in der Feuerlinie zwischen beiden Supermächten: Im Westen stehen die Streitkräfte der US-Imperialisten und im Osten die des von der Sowjetunion beherrschten aggressiven Warschauer Paktes.

Die nordeuropäischen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen kämpfen unermüdlich gegen die beiden Supermächte und treten entschlossen für die nationale Unabhängigkeit ein.

In der Erklärung heißt es, daß die beiden Supermächte imperialistische Nationen sind, zwischen denen der Kampf um Märkte, Rohstoffe und Einflußsphären heftiger wird. Dieser Kampf ist grundlegend und er wird früher oder später zu einem imperialistischen Krieg zwischen den beiden Supermächten um die Neuaufteilung der Einflußsphären oder zu einem Kräftemessen mit anderen Ländern führen. Es ist durchaus möglich, daß die beiden Supermächte einen 3. Weltkrieg anzetteln. Die beiden Supermächte rivalisieren überall auf der Welt miteinander, der Schwerpunkt ihres Ringens aber liegt in Europa.

Besonders die sowjetischen Sozialimperialisten stellen „Frieden, Sicherheit und Entspannung" als die Haupttendenz in der heutigen Welt hin, während sie sich selbst bis an die Zähne rüsten und einen neuen imperialistischen Weltkrieg vorbereiten. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben die sogenannte „Europäische Sicherheitskonferenz" vorgeschlagen, um ihre imperialistischen Ambitionen zu verbergen, die Völker in dem falschen Gefühl der Sicherheit zu wiegen und ein Forum für ihre Einmischung in die Angelegenheiten Westeuropas zu haben. Während diese Konferenz noch tagt, verstärken sie ihre Truppen in Osteuropa, verbessern sie ihre Waffen und militärischen Ausrüstungen, bauen sie die größte Marinebasis der Welt auf der Halbinsel Kola weiter aus und verstärken ihre Positionen im Nordatlantik, in der Norwegischen See und in der Barentssee.

Die großangelegte Verstärkung der militärischen Macht der Sowjetunion an den Grenzen zu den nordeuropäischen Staaten zeigt klar, daß die Sowjetunion aggressive Ziele hat. Sie hat die Spannung in dieser Region beträchtlich verstärkt und so eine große militärische Bedrohung für die nordeuropäischen Länder geschaffen. Dazu kommt, daß die Sozialimperialisten sich die Meereszonen der nordeuropäischen Länder einverleiben wollten und Raubfischerei betrieben. **All das zeigt, daß die Sowjetunion eine räuberische, imperialistische Supermacht ist, die die Interessen der Völker Nordeuropas, das Recht auf Selbstbestimmung und die gerechten nationalen Interessen der nordeuropäischen Länder bedroht.**

In der Erklärung heißt es, daß die gegenwärtige Situation in der Welt für die Völker aller Länder eine helle Zukunft eröffnet. Die Supermächte werden immer stärker isoliert, die Länder der 3. Welt haben glorreiche Siege in ihrem Kampf errungen und die Arbeiterklasse und das Volk in den kapitalistischen Ländern haben ihren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstärkt. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, dieser Sturm fegt über den ganzen Erdball.

Abschließend heißt es, daß es notwendig ist, die Freundschaft zwischen den nordeuropäischen Völkern zu verstärken, die Freundschaft mit China und anderen sozialistischen Ländern zu entwickeln und Schulter an Schulter mit den Völkern der 3. Welt zu kämpfen. In dem Kommunique der gemeinsamen Konferenz heißt es, daß die marxistisch-leninistische Bewegung in Nordeuropa vorwärtsstürmt und daß die nordeuropäischen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auch in Zukunft ihre Beziehungen und ihre Zusammenarbeit verstärken wollen.

Offensive der Volksstreitkräfte

Das kambodschanische Volk hat in seinem Befreiungskampf gegen die amerikanischen Imperialisten und die Verräter in Phnom Penh neue große Erfolge errungen. Am 1. Januar haben die Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung Kambodschas (VSNBK) eine machtvolle Offensive begonnen, um die US-Imperialisten aus dem Land zu jagen und die Verräter zu vernichten.

Die Angriffe der Volksstreitkräfte richten sich vor allem auf drei Ziele: gegen die Hauptstadt Phnom Penh und ihre unmittelbare Umgebung; gegen die Wasser- und Landverbindungen dorthin, vor allem den Mekong; und gegen die Provinzhauptstädte, die sich noch in der Hand der Verräter befinden. Phnom Penh und eine Reihe von Provinzhauptstädten sind bereits zum letzten Schlupfwinkel für Lon Nol, Sirik Matak und ihre Bande geworden, während sich über 90 % des Landes in den Händen des Volkes befindet. Von diesen Schlupfwinkeln aus, in denen sie von den USA-Imperialisten mit Dollars, Waffen und Reis versorgt werden, setzen sie ihre Aggressionen gegen das kambodschanische Volk fort. Nun aber sitzen sie dort wie die Maus in der Falle, während die Volksstreitkräfte Sieg um Sieg erringen.

Schon in den ersten fünf Tagen der Offensive eroberten die VSNBK 150 qkm in der unmittelbaren Umgebung Phnom Penhs und kontrollieren den größten Teil des Mekong und der Zufahrtsstraßen zur Stadt vollständig. Über 5 000 Soldaten der Marionettenarmee wurden von den Volksstreitkräften in den ersten fünfzehn Tagen des Januar getötet, verwundet oder gefangengenommen. Die Schlinge um den Hals der Verräter und der USA-Imperialisten zieht sich immer enger zusammen. Dennoch setzten sie ihre Aggressionen und Verbrechen gegen das kambodschanische Volk fort und bedrohen vor allem die Bevölkerung im befreiten Gebiet mit ihren Bomben, mit chemischen Giften, um die Ernte zu vernichten, die Bewässerungsanlagen zu zerstören und Mord und Terror zu verbreiten.

Ungeachtet dieses Terrors hat die Bevölkerung in den befreiten Gebieten unter der Losung „Alles für die Front!" ihre Anstrengungen verdoppelt, um Bewässerungsanlagen zu bauen und die Reisernte zu steigern. Heute wird überall in den befreiten Gebieten zweimal jährlich Reis geerntet, es kann nicht nur die Front versorgt werden, sondern der Überschuß ist so groß, daß sogar Reis exportiert wird und der Wohlstand der Bevölkerung ständig steigt.

Angesichts dieser ausgezeichneten Situation an allen Fronten ist das kambodschanische Volk um so entschlossener, den revolutionären Volkskrieg fortzusetzen, bis die USA-Imperialisten vollständig vertrieben und die Verräter vernichtet sind.

Aus aller Welt

JAPAN

Das Tokioter Komitee der **Kommunistischen Partei Japans (Linke)** hat unter den Arbeitern, Studenten und Frauen eine Erklärung verteilt, die den sowjetischen Sozialimperialismus, der nach Hegemonie und Expansion strebt, auf das Schärfste verurteilt und die sofortige Rücknahme der nördlichen japanischen Territorien an Japan gefordert.

„Um die Weltherrschaft zu erringen", heißt es in der Erklärung, „hat der sowjetische Sozialimperialismus Truppen und Kriegsschiffe in verschiedene Teile der Welt ausgesandt und dort Militärbasen errichtet und kämpft erbittert mit dem US-Imperialismus." Das ist auch der Grund, warum der sowjetische Sozialimperialismus Militärbasen auf den nördlichen japanischen Territorien unterhält, seine militärischen Aktivitäten in Asien intensiviert und militärische Manöver in den Meereszonen vor Japan durchführt.

„Wir werden diese illegale Besetzung der nördlichen Territorien durch den sowjetischen Sozialimperialismus niemals hinnehmen," betont die Erklärung.

„Die amerikanischen und sowjetischen Imperialisten sind die größten internationalen Ausbeuter, die Quelle eines neuen Weltkrieges und die gemeinsamen Feinde der Völker der ganzen Welt." Die Erklärung stellt fest: „Die amerikanische und die sowjetische imperialistische Macht rivalisieren rings um Japan, besonders der sowjetische Sozialimperialismus, der versucht, Japan unter seine Kontrolle zu bekommen. In dieser Lage bedeutet der Kampf des japanischen Volkes für die Rückgabe der nördlichen Territorien einen schweren Schlag für diesen Plan des sowjetischen Sozialimperialismus." Abschließend verpflichtet sich das Tokioter Komitee der KPJ (Linke), die Natur des sowjetischen Sozialimperialismus weiter zu verurteilen, um den Kampf für die Rückgabe der nördlichen Territorien weiterzuentwickeln.

Neue Angriffe gegen befreite Gebiete

Thieu -Clique bombardiert Laos

Am 13. Januar flogen Bomber der Nguyen van Thieu-Clique ungefähr 40 Angriffe gegen eine Reihe von Dörfern in den befreiten Gebieten von Laos. Bei den verbrecherischen Angriffen des Saigoner Regimes wurden Menschen getötet und verletzt und dem Besitz der Dorfbewohner ernsthafter Schaden zugefügt.

Ein Sprecher der Laotischen Patriotischen Front verurteilte die Aggression der Thieu-Clique als einen schwerwiegenden Angriff auf die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Laos und als eine ernste Provokation gegen das ganze laotische Volk. Er verlangte die sofortige Einstellung der Bombenangriffe und forderte die Thieu-Clique auf, den von ihr verursachten Schaden restlos wiedergutzumachen.

Die Thieu-Clique, die ungezählte Verbrechen gegen das vietnamesische Volk begangen hat, die in den vergangenen zwei Jahren das Pariser Abkommen hunderttausendfach gebrochen hat und die Bevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten mit dem grausamsten faschistischen Terror unterdrückt, beteiligt sich schon seit langem auch an der Unterdrückung des Befreiungskampfes der Völker von Laos und Kambodscha. **Im vergangenen Jahr sind Saigoner Truppen mehrmals der Verräterclique in Phnom Penh zu Hilfe geeilt und haben die kambodschanische Grenze überschritten, um Lon Nol und seine Bande vor dem Untergang zu retten.** Die Thieu-Clique, die keinen Schritt ohne den Befehl oder das Einverständnis der amerikanischen Imperialisten macht, hat auch bei dem Angriff auf die Dörfer in den befreiten Gebieten von Laos als Werkzeug der USA-Imperialisten gehandelt.

Die amerikanischen Imperialisten setzen nicht nur ihre Aggression gegen das vietnamesische und kambodschanische Volk fort, sondern sie setzen auch alles daran, die Verwirklichung des Waffenstillstandes und den Kampf für die nationale Eintracht in Laos zu sabotieren. Schon Anfang Dezember erklärte Prinz Souvannaphong in einer Rede, daß diese Ziele, deren Verwirklichung durch das Abkommen von Vientiane geregelt wurde, infolge der Einmischung der neokolonialistischen ausländischen Kräfte noch nicht erreicht worden sind und rief das laotische Volk auf, seine Wachsamkeit zu erhöhen und alle Angriffe zurückzuschlagen.

Die Bomben auf die laotischen Dörfer, die Aggressionen und Verbrechen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien werden die Völker Indochinas mit noch entschlossenerem Kampf um ihre Befreiung beantworten.

Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen das Thieu-Regime verstärkt sich von Tag zu Tag. Während die Volksbefreiungsstreitkräfte seine Aggressionen mit mächtigen Gegenschlägen beantworten, hat die Bevölkerung in den von ihm kontrollierten Gebieten sich zum Kampf erhoben, Demonstrationen in den Städten durchgeführt und auf dem Land gegen die KZ-Dörfer gekämpft und sie zerstört. In einer Rede am 24. Dezember brachte der stellvertretende Premierminister der Demokratischen Republik Vietnams den Wunsch des ganzen Volkes zum Ausdruck, als er erklärte: *„Thieu und seine Bande müssen vertrieben werden und in Saigon muß eine Verwaltung errichtet werden, die für den Frieden und die nationale Eintracht günstig ist und die ernsthaft für die Einhaltung des Pariser Abkommens eintritt."*

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer	26,2 Meter
jeweils	19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Stadtsanierung in Dortmund

Neue Heimat
Rücksichtslose Jagd nach Profiten

Fortsetzung von Seite 1

mutbarere" Wohnungen umzuziehen. Die Stadtsanierung dient einzig und allein dazu, den Wohnungsbaukonzernen und den hinter ihnen stehenden Banken, riesige Profite zu erwirtschaften, während sie die Wohnungsnot vergrößert und die Lebenslage der Werktätigen verschlechtert. Ein typisches Beispiel für das Riesengeschäft mit der Stadtsanierung ist das „Projekt Hannibal" im Dortmunder Norden.

Beteiligt sind fast alle größeren Dortmunder Wohnungsbaugesellschaften, allen voran die Neue Heimat. Sie und sechs andere Gesellschaften gründen, eigens für den Bau von „Hannibal", eine gemeinsame Tochter, die „Treuhand Wohnungsbaugesellschaft mbH" und geben ihr ein Stammkapital von 1 Mio. DM. **Die Gründung dieser Gesellschaft war der erste Schritt beim Raubzug der Konzerne auf die Steuergelder der Werktätigen.** Selbstverständlich hatten Stadtrat und Stadtverwaltung das „Projekt Hannibal" sofort als „absolut förderungswürdig" eingestuft und die ersten Riesensummen flossen über die „Treuhand" in die Taschen der beteiligten Konzerne, während die Treuhand selbst den Titel „Gemeinnützige" erhielt. Wem die Gründung der Treuhand wirklich nützte, sollte sich schnell zeigen. Von vornherein war klar, daß sie mit ihrem Stammkapital von nur einer Million DM niemals in der Lage sein würde, die fast 70 Mio. DM aufzubringen, die „Hannibal" verschlingen sollte. **Sie wurde in Wirklichkeit nur geboren, damit sie Bankrott macht, und dann von der Stadt „im Interesse der Allgemeinheit gerettet" werden konnte.**

Und tatsächlich stand der „Treuhand" schon nach kurzer Zeit das Wasser bis zum Hals, Hannibal war halb errichtet, die Pleite drohte. In dieser Situation stellte sich heraus, daß der größte Gläubiger der „Treuhand" weder der Baukapitalist ist, noch irgendeine Bank – sondern die „Neue Heimat". Es stellte sich heraus, daß sie die „Treuhand" die ganze Zeit über mit Zwischenkrediten über Wasser gehalten hat und nun ihre Kredite und Zinsforderungen als Erpressungsmittel einsetzt, um sich, in einer der größten Schiebereien, die jemals in Dortmund gemacht worden sind, in den Besitz nicht nur der gesamten Wohnanlage zu bringen, sondern darüber hinaus auch noch die Grundstücke, auf der sie errichtet wurde, einzustecken. Durch die Zwischenkredite bekam die Neue Heimat die „Treuhand" in die Hand und bootete gleichzeitig die anderen Wohnungsbaugesellschaften aus, um sich den Löwenanteil der Profite einzustecken. Selbstverständlich dachte sie überhaupt nicht daran, auch nur einen einzigen Pfennig auszugeben, damit das Projekt weitergeführt werden konnte. Diese Aufgabe übernahmen Stadtrat und Stadtverwaltung, die einmal mehr bewiesen, daß ihre Aufgabe darin besteht, den großen Konzernen Riesenprofite zuzuschanzen.


Rücksichtslos werden die Kräne über die Schule (rechts) geschwenkt.

Um die „Treuhand" zu retten, faßte der Stadtrat in aller Eile den Beschluß, ihr die Grundstücke, auf denen „Hannibal" gebaut wird, zu überschreiben und die Bezahlung als Darlehen auf zehn Jahre zu stunden. Ein Gutachterausschuß wird eingesetzt, der den Wert der Grundstücke mit 250 DM pro qm bestimmt. Doch damit nicht genug. Weil angeblich die Anrechnung der 250 DM auf die Kostenmiete des fertigen Projektes den „sozialen" Charakter der ganzen Anlage zunichte gemacht hätte und die Stadt „selbstverständlich" nur die Bedürfnisse der Mieter im Auge hat, überschreibt sie der „Treuhand" die Grundstücke zum halben Preis, nämlich für 130 DM pro qm.

Dieses ganze Geschäft zeigte nicht nur, daß die Stadträte und Stadtverwaltungen Instrumente in den Händen der kapitalistischen Konzerne sind, mit deren Hilfe sie die Steuergelder der Werktätigen an sich reißen und ungeheure Reichtümer anhäufen, während die Herren „Volksvertreter" ihrerseits ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, nicht nur alles zu tun, um die Wünsche der Konzerne zu befriedigen, sondern auch dafür zu sorgen, daß bei diesen Geschäften für sie ein angemessener Anteil abfällt. Da gibt es in Dortmund z. B. den Stadtrat Werner Dannebom. Dieser Herr ist nicht nur mit zuständig für die Vergabe öffentlicher Mittel, sondern ist auch gleichzeitig Liegenschaftsdezernent und entscheidet über die Vergabe städtischer Grundstücke mit. Damit er aber auch die „richtigen" Entscheidungen treffen kann, sitzt er im Aufsichtsrat der „Treuhand" und ist gleichzeitig Geschäftsführer der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft".

Für die Neue Heimat war damit aber das Geschäft noch nicht zu Ende. Obwohl die Treuhand bereits praktisch fest in ihrer Hand war und die Grundstücke und die Wohnungen praktisch in ihren Besitz übergegangen waren, wurde die Treuhand formal aufrechterhalten, solange bis der Bau endgültig abgeschlossen ist. Die Neue Heimat wartet bis alles schlüsselfertig abgeschlossen ist, alle Verpflichtungen der Treuhand abgezahlt sind, um sich dann in aller Ruhe auch formal in den Besitz der Reichtümer zu setzen. **Die Neue Heimat hat auf diese Weise, ehe sie überhaupt noch einen einzigen Pfennig Miete kassiert hat, bereits Riesensummen eingesteckt.**

Dieser riesige kapitalistische Konzern, einer der größten in Europa, der sich in den Händen des DGB-Apparates befindet, und dessen unersättliche Gier nach Profiten und dessen skrupellose Methoden der Ausplünderung der Werktätigen ihn bereits bei hunderttausenden von Mietern verhaßt gemacht haben, beweist allein durch seine Existenz, daß der DGB-Apparat nichts mit den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse gemein hat, sondern sich im Gegenteil an der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse beteiligt.

Die Wohnungsbaukonzerne zeigten ihre Unersättlichkeit auch nachdem der erste Abschnitt der Nordsanierung II fertig war. Unter den Häusern wurden riesige Tiefgaragen gebaut, die sie für über 50 DM monatlich zu vermieten hofften. Es ist klar, daß der überwiegende Teil der autobesitzenden Mieter auf eine solche Garage verzichtete. **In dieser Situation verlangte die Baugesellschaft von allen Mietern, ob sie nun ein Auto besitzen oder nicht, monatlich den Betrag für eine Box in der Tiefgarage und forderte die Summe gleich für drei Monate nach.**

Daß das ganze Projekt nur dazu diente, den beteiligten Konzernen und vor allem der Neuen Heimat, riesige Profite zu verschaffen, zeigte sich auch daran, mit welcher Rücksichtslosigkeit gegen das Leben und die Gesundheit der Bewohner des Viertels und der späteren Mieter der Bau hochgezogen wurde. Mitten in dem Sanierungsgebiet liegt die Schule Kielstraße, an der etwa tausend Schüler der Grund-, Haupt- und Sonderschule unterrichtet werden. Nicht nur, daß der Baulärm während der Unterrichtsstunden fast unerträglich ist, durch den Baustellenverkehr, die ständig wechselnden Verkehrsregelungen besteht auch eine unmittelbare Gefahr für die Kinder. Ein Kind wurde bereits von einem PKW erfaßt und verletzt. Dazu kommt die Gefahr durch drei riesige Kräne, die mit ihrem Schwenkbereich weit über die Schule und den Schulhof hinwegführen. Diese Kräne transportieren tonnenschwere Bauelemente und Betonbottiche usw. Ein einziges Unglück könnte den Tod für viele Kinder bedeuten. Tatsächlich ist es schon vorgekommen, daß einer der Kräne seine Last verloren hat. Mehrmals bereits ist aus den Bottichen Beton übergeschwappt. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß dabei niemand verletzt wurde. Seit langem schon kämpfen die Eltern der Schüler gegen die Gefährdung des Lebens und der Gesundheit ihrer Kinder. **Sie haben bereits mit einem Schulstreik gedroht, die Schließung der Baustelle und die Beachtung der strengsten Sicherheitsvorschriften gefordert.** Selbstverständlich dachte die Stadtverwaltung überhaupt nicht daran, die berechtigten Forderungen der Eltern zu erfüllen. Nach wie vor schwenken die Kräne über die Schule, nach wir vor ist die Lärmbelästigung unerträglich, nach wie vor auch hat sich an der Gefährdung der Kinder durch den unübersichtlichen Verkehr nichts geändert. Stattdessen schickte die Stadtverwaltung den „Verkehrskasper" einmal in die Schule, um die Kinder „aufzuklären".

Im Interesse des Profits, so berichteten ehemalige Bauarbeiter, durch den wahnwitzigen Akkord und die Verwendung fehlerhaften und schlechten Materials, ist der Bau bereits heute, kurz nachdem die ersten Wohnungen vermietet sind, eine Gefährdung für die Sicherheit der Mieter. Von den vorgefertigten Stahlbetonelementen enthalten viele so wenig Zement, daß man sie mit dem Finger anbohren kann, während bei anderen die geflochtenen Eisenmatten an der Oberfläche liegen, dem Rost ausgesetzt sind und vor allem ihre tragende Wirkung verlieren. Es ist vorgekommen, daß eingeschalte Wände, die sich nach der einen oder anderen Seite neigten, nicht neu errichtet wurden, sondern in noch feuchtem Zustand mit Seilwinden geradegezogen wurden. Die Folge: die Wand bricht, sie bekommt Risse, verliert ihre ursprüngliche Festigkeit. Natürlich wissen die Baugesellschaften ganz genau, daß das gefährlich ist, es gibt sogar gesetzliche Bestimmungen, nach denen so etwas verboten ist. Aber für die Konzerne zählt nicht die Sicherheit, sondern einzig und allein der Profit; das Leben und die Gesundheit der Mieter spielen dabei keine Rolle.

Als das „Projekt Hannibal" begonnen wurde, entfachten die Konzerne, die Stadtverwaltung und die Politiker der bürgerlichen Parteien eine große Propagandakampagne, in der sie das riesige Terassenhochhaus als „zukunftweisende Stadt im Grünen" in den Himmel hoben. Sie sprachen davon, daß hier vor allem alte Menschen eine neue Heimat finden sollten, die es ihnen ermöglicht, „am pulsierenden Leben teilzunehmen". Sie behaupteten, daß das ganze Viertel, das zu den tristesten in der ganzen Stadt gehört und in dem sich im Laufe der Jahre die Prostitution breitgemacht hat, ein „völlig neues Gesicht" erhalten würde. Nichts davon entspricht den Tatsachen. Selbstverständlich spricht heute niemand mehr von Wohnungen für die alten Menschen, und als die ersten Mieter für einen Kindergarten ein Ladenlokal forderten, vermietete die Neue Heimat den Raum an einen zahlungskräftigen „Pornoshop".

Das Projekt Hannibal ist kein Einzelfall. So wie in Dortmund bereichern sich die kapitalistischen Konzerne überall an der Stadtsanierung, vertreiben rücksichtslos die Bewohner, holen sie das letzte aus den Mietern heraus. Ihr einziges Ziel ist der Höchstprofit. Erst wenn ihnen durch die proletarische Revolution das Handwerk gelegt ist, kann die Wohnungsnot beendet werden und der Bau neuer Wohnungen wirklich nach den Bedürfnissen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes geregelt werden.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich



A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............... Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi. 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18, Sa 9-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Hafenstr. 80. Tel.: 0251 / 60 3 10. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

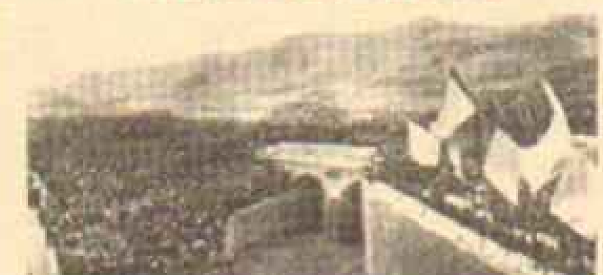
STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltung

Hamburg, 5. Februar, 18.00 Uhr, Revolutionärer Kulturabend, HH 50, Ölkersallee 5, „Zum alten Sängerheim.

NEUERSCHEINUNGEN AUS DEM VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR, PEKING



zu bestellen bei:
GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS
2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Telefon: 040 / 4 10 17 36
Postscheckkonto Hmb. 1935 72-207

LENIN, KONSPEKT ZU HEGELS „WISSENSCHAFT DER LOGIK".
184 Seiten, DM 1,25, Bestellnummer /1/1G–1332P

KONFUZIUS – DER „WEISE" DER REAKTIONÄREN KLASSEN.
Von Yang Jung-Guo – 74 Seiten, DM 0,55, Bestellnummer 3G –1328P.

DER ROTE–FAHNE KANAL.
Eine reich bebilderte Broschüre über den Rote-Fahne Kanal. – 69 Seiten, DM 0,85, Bestellnummer 15G–1329P

NEUE ARCHÄOLOGISCHE FUNDE IN CHINA.
Diese Broschüre enthält eine Auswahl von Einzelbeiträgen, die sich mit einigen wichtigen Ausgrabungen von Kulturgegenständen während der großen Proletarischen Kulturrevolution befassen. Mit vielen bunten Abbildungen. – 83 Seiten, DM 2,40, Bestellnummer 11G–1262 PA